

Inhaltsverzeichnis

Semestereröffnung
Seite 2

Studium
Seite 3

Ausländische Hörer
Seite 9

Kurzmeldungen
Seite 11

Weiterbildung
Seite 18

Top-Thema
Seite 24

Kanzlerinitiative
Seite 29

Internationale Beziehungen
Seite 30

Hochschulleben
Seite 31

Multimedia
Seite 35

6. Qualitätswettbewerb
Seite 38



Liebe Leserinnen und Leser, im Sommersemester 1991 entschloss sich die DHV Speyer dazu, erstmals in einem eigenen kleinen Magazin kurz über die Geschehnisse und Ereignisse der vergangenen sechs Monate zu berichten.

Schnell war damals eine Bezeichnung gefunden worden. Der SpeyerBrief verdankte seinen Namen und sein Erscheinungsbild seiner postalischen Versandform als Brief an alle Freunde und Ehemaligen der Hochschule. Ein langer und erfolgreicher Weg ist seitdem zurückgelegt worden. Redaktion, Satz und Druck wurden konsequent und stetig verbessert. Von einer siebenseitigen Loseblattsammlung hat sich der SpeyerBrief in 22 Ausgaben zu einem respektablen Magazin entwickelt, das detailliert über die einzelnen Semester berichtete und jeweils die Ereignisse der vergangenen Monate an der Hochschule und am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung widerspiegelte. Inzwischen ist hier ein Umfang erreicht worden, der eine für Hochschule und Forschungsinstitut getrennte Berichterstattung in separaten Publikationen nahelegt. Dieser Aufteilung der Berichterstattung wird erstmals mit der vorliegenden Ausgabe unseres Hochschulmagazins Rechnung getragen. Es soll künftighin als Rückblick auf das jeweils zurückliegenden Semester den Namen „SpeyerJournal“ tragen. Ich wünsche ihm, dass es den von seinem Vorgängermagazin aufgezeigten Weg erfolgreich fortbeschreiben möge und darf feststellen, dass dies für die erste Ausgabe des SpeyerJournals bereits hervorragend gelungen ist.

Unser Top-Thema berichtet von den Erfahrungen von fünf ehemaligen Speyerer Referendaren, die ihre an der Hochschule in einer Projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft zur zivil-militärischen Zusammenarbeit erworbenen Kenntnisse vor Ort in Bosnien-Herzegowina erproben konnten.

Hinweisen möchte ich auch den Bericht vom 9. deutsch-französischen Verwaltungskolloquium, das diesmal einherging mit besonderen Ehrungen für die Direktorin der Ecole Nationale d'Administration und den Speyerer Univ.-Professor Dr. Dr. Siedentopf.

Außerdem finden Sie hier - wie gewohnt - Berichte über alle weiteren Höhepunkte des Semesters. Lassen Sie sich einfach überraschen!

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr *Rudolf Fisch*

Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch
Rektor der DHV Speyer

Toleranz im demokratischen Verfassungsstaat

Feierliche Semestereröffnung mit Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Dres. h. c. Bernd Rütters



Gut besuchte Semestereröffnung in der Aula

Foto: DHV

Zur feierlichen Semestereröffnung hatte der Rektor der DHV Speyer am 16. Mai 2002 in die Aula eingeladen. Die 451 neuen Hörerinnen und Hörer aus 31 Staaten hatten in den beiden vorausgegangenen Wochen alle Einschreibeformalitäten hinter sich gebracht und bereits erste Eindrücke im regulären Lehrbetrieb der Hochschule gesammelt. Nun erlebten sie zusammen mit zahlreichen Gästen der Hochschule den ersten Semesterhöhepunkt.

Univ.-Prof. Dr. jur. Dres. h. c. Bernd Rütters, der ehemalige Rektor der Universität Konstanz, fesselte sein Auditorium mit einem Festvortrag zu dem gerade heute aktuellen Thema „Toleranz im demokratischen Verfassungsstaat - Herausforderungen für Staat und Kirche“.

In einem historischen Rückblick ließ Rütters die einzelnen Entwicklungsstufen des Toleranzgedankens Revue passieren. Ausgehend von augustinischen Idealen folgte Rütters den Spuren der Toleranz über die Ketzergesetzgebung des 4. Lateranums bis hin zu den rechtsphilosophischen Überlegungen

Martin Luthers, Hugo Grotius, Samuel von Pufendorfs und der Jesuiten von Salamanca. Erst die Aufklärung entwickelte dann die Vorstellung von der Toleranz als Tugend, die bis in die heutige Zeit nachwirkt.

Rütters erläuterte, warum die demokratische Rechtsordnung eine Wandlung des Toleranzbegriffs von einer reinen Tugend zu einem grundsätzlichen Rechtsgebot notwendig machte. Demokratie bedingt Pluralismus und der wiederum das Recht auf Opposition. Dies berücksichtigten die Väter des Grundgesetzes, als sie Toleranzpflichten des Staates und der Bürger durch eine Reihe von Einzelgrundrechten festlegten.

Besonderes Augenmerk richtete Rütters dann auf die Grenzen der Toleranz. In Teilbereichen der Gesellschaft hätten sich in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens der Menschen nachhaltig verändert, wie dies zum Beispiel die aktuellen De-

batten über ein Gesetz zur Begrenzung der Zuwanderung verdeutlichen würden.

Durch das Auftreten neuer Religionsgemeinschaften verändere sich auch das Verhältnis von Staat und Kirche und schaffe neue Abgrenzungsprobleme. Der demokratische Rechtsstaat sehe sich hier in einem Dilemma. Auf der einen Seite verpflichte er sich selbst und seine Bürger, die Grundrechte und Grundfreiheiten der anderen zu respektieren und aktiv zu verteidigen. Andererseits dürften Gesetzesverstöße, auch wenn sie in edelster Absicht geschähen, unter keinen Umständen auf die Toleranz des Rechtsstaates rechnen.



Univ.-Professor Dr. Dres. h. c. Rütters, Univ.-Professor Dr. Fisch, Rektor der DHV Speyer

Foto: DHV

Der Vortrag wird in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 68 erscheinen und ist im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro zu beziehen.

Wahl der Senatsmitglieder und Funktionsträger der Hörschaft

Die Hörerinnen und Hörer der DHV Speyer bestimmen ihre Senatsmitglieder und Funktionsträger in jedem Semester neu. Gleich zu Semesterbeginn stehen daher die Wahlen für die verschiedenen Referate der Hörschaftsvertretung sowie für die studentischen Mitglieder des Senats.

Noch am ersten Tag des Semesters bestimmte die Hörschaft in ihrer ersten Vollversammlung den Rechtsreferendar Stephan Dahm zu ihrem neuen Sprecher. Darüber hinaus wurden folgende Referentinnen und Referenten gewählt und von ihren Vorgängerinnen und Vorgängern aus dem Wintersemester 2001/2002 in ihre Aufgabenbereiche eingeführt:

EDV: Eva Blank
 Finanzen: Björn Lippe-Weisenfeld
 Medien: Anja Weyl
 Ausländer: Silwia Piatak-Glawe
 Kultur: Moritz Wieck
 Sport: Moritz Vogel
 Feste: Oliver Toufar

Daneben bestimmte die Hörschaft die Vertreter für den Ausschuss für Studium und Lehre, den Promotionsausschuss, den Ausschuss für Frauenfragen, den Ausschuss für das Aufbaustudium, eine Berufungskommission, die Kommission für die Landesgraduiertenförderung, die Ethikkommission sowie den Bibliotheksvorstand.

Am 22. Mai 2002 fand dann von 9 bis 16 Uhr die Wahl der Vertreter der Hörschaft im Senat der Hochschule statt. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 27,9 % wurden folgende Hörerinnen und Hörer in den Senat gewählt:

Senatsmitglieder:

- Maya Guenther
- Karsten Bron
- Lutz Grimm

Stellvertretende Senatsmitglieder:

- Stephanie-Anne Wirtgen
- Michaela Reinhardt
- Michael Hofmann

Semesterauftakt an der DHV Speyer

Nach dem Ende der Semesterferien startete am 1. Mai 2002 für 451 Hörerinnen und Hörer aus 31 Staaten das neue Semester an der DHV Speyer. Universitätsprofessor Dr. Rudolf Fisch begrüßte als Rektor der Hochschule die Studierenden, die hier entweder ihr verwaltungswissenschaftliches Ergänzungstudium oder ihr Aufbaustudium begannen. Anders als im Fakultätsbetrieb anderer Hochschulen haben sie in Speyer die einzigartige Möglichkeit, Wissenschaft einmal über die Grenzen der eigenen Disziplin hinaus zu erfahren. Fisch beschrieb in seiner Ansprache das spezielle Speyerer Profil als eine gelungene Verbindung von juristischen, historischen, soziologischen, wirtschafts-, politik- und verwaltungswissenschaftlichen Lehrver-

Anschließend begrüßte Bürgermeister Hans-Peter Brohm die Neuspeyerer und unterstrich das reichhaltige kulturelle Angebot der 2000-jährigen Domstadt.

Nach Erläuterung aller notwendigen Formalitäten durch Dr. Klaus-



Gespannte Erwartung: In der vollbesetzten Aula verfolgen auch Dr. Riffel und der Speyerer Bürgermeister Brohm ...

peter Strohm und nach einem herzlichen Willkommensgruß durch Vertreter der Studierenden des vergangenen Semesters tagte dann die Vollversammlung der Hörschaft. Hier wurden die neuen Hörschaftsvertreter gewählt. Bereits am Nachmittag bestand dann in der Orientierungsphase I die Gelegenheit, erste Eindrücke von den Dozenten zu gewinnen.

Nachdem dann alle Hörerinnen und Hörer in Exposé- und Losverfahren ihre Plätze in den Lehrveranstaltungen gefunden hatten, konnte der Lehrbetrieb ohne jede Verzögerung starten.



... die Eröffnungsansprache von Rektor Fisch Fotos: DHV

anstaltungen sowie praxisorientierten Arbeitsgemeinschaften. Das fächerübergreifende Studium an der DHV Speyer ver helfe daher in besonderem Maße zu neuen Blicken auf vielfältige Problemfelder.

Sensationell guter „Max-Weber-Jahrgang“

Tausendster Absolvent des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiengangs



Aus allen Gesichtern sprach Freude und Erleichterung. Die erfolgreichen Absolventen des Prüfungsjahrgangs 2001/2002, der sich in Anlehnung an französische Vorbilder auf den Namen des großen Soziologen Max Weber getauft hatte, hatten es geschafft und durften ihrem Namen den begehrten Titel eines Magisters der Verwaltungswissenschaften (Mag. rer. publ.) hinzufügen und auf eine strahlende berufliche Zukunft hoffen. Am Abend des 24. Aprils 2002 wurden ihnen feierlich ihre Urkunden überreicht, nachdem noch am Morgen die letzten Prüfungen stattgefunden hatten.

Der Prorektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, wies in seiner Ansprache darauf hin, dass dieser Jahrgang mit 56 Hörerinnen und Hörern außergewöhnlich groß gewesen sei. So konnte er mehr als doppelt so viele Urkunden überreichen als noch vor einem Jahr. Unter den neuen Magistern waren 26 Ausländer aus Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Japan, Marokko, der Mongolei, Moldavien, Nicaragua, Nigeria, Polen, Russland, Senegal, Togo, Tunesien und Vietnam. 14 von ihnen wurden durch ein seit 1982 von der Hochschule in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) durchgeführtes, spezielles entwicklungspolitisches Programm gefördert. Von den ausländischen Absol-

venten erzielten Krisztina Rozsnyai aus Ungarn und Dr. Angela Pislaru aus Moldavien die besten Ergebnisse. Sie erhielten dafür in Anwesenheit von Herrn Dr. Schirmer und Frau Mentis von der DSE vom Vorsitzenden des Senatsausschusses für das (Ausländer-) Aufbaustudium, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, den Preis des DAAD und den Preis der Hochschulvereinigung Speyer. Als besten Absolventen überhaupt zeichnete Hill unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden Matthias Weller, der mit 16 Punkten (sehr gut) eine ganz herausragende Note erzielt hatte, mit dem Preis der Hochschulvereinigung aus. Weitere Buchpreise gingen an Frank Eckert, Martin Schurig, Dr. Heike Jochum und Thomas Tschirmer.

Universitätsprofessorin Dr. Gisela Färber würdigte ausdrücklich die herausragenden Leistungen der Absolventen. Die 54 zur mündlichen Prüfung zugelassenen Hörerinnen und Hörer haben ihre Examina bestanden, und das mit dem besten jemals an der Hochschule erreichten Notendurchschnitt (11,07 - vollbefriedigend). 39 Absolventinnen und Absolventen erzielten Noten besser als befriedigend. Mit ganz besonderem Stolz erfüllte es Färber, dass sie in diesem 26. Jahrgang des Aufbaustudiengangs den inzwischen tausendsten Absolventen begrüßen durfte.

Für die Hörer bedankte sich Assessor Frank Eckert bei der Hochschule für die gebotenen Chancen und regte einige aus Sicht der Hörer notwendige Reformen des Studiengangs an. Die Feier wurde von Philipp Rau auf dem Cello mit virtuosen Bachinterpretationen musikalisch umrahmt.



Die glücklichen Absolventinnen und Absolventen des des Jahrgangs „Max-Weber“ nach der Überreichung der Magisterzeugnisse durch den Prorektor, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill
Fotos: DHV

9. Deutsch-französisches Verwaltungskolloquium

Auszeichnungen für Univ.-Professor Siedentopf und die Direktorin der ENA

Für ihre besonderen Verdienste um die Kooperation zwischen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften

Speyer und der renommierten Ecole Nationale d'Administration (ENA) wurden am 3. Juni 2002 die Direktorin der ENA, Marie-Françoise Bechtel, und der Speyerer Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf ausgezeichnet.

Im Rahmen des 9. deutsch-französischen Verwaltungskolloquiums überreichte der Rektor

der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Madame Marie-Françoise Bechtel, die Hochschulmedaille in Anerkennung ihrer Verdienste um die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen ENA und DHV Speyer. Ausdrücklich würdigte Fisch in seiner Ansprache auch die Bemühungen Bechtels, die ENA neu in der französischen Gesellschaft zu positionieren und durch die Erstellung neuer Lehrangebote fit zu machen für die durch Globalisierung und europäische Integration neu auf sie zukommenden Aufgaben.

In ihrer Dankesrepublik ging Direktorin Bechtel auf die lange Geschichte der Zusammenarbeit zwischen beiden Hochschulen ein. Diese reicht bis ins Jahr 1947 zurück, als die Speyerer Hochschule als „kleine Schwester der ENA“ von den französi-

schen Besatzungsbehörden gegründet wurde. Bechtel erläuterte zahlreiche Parallelitäten zwischen den beiden Institutionen,



Univ.-Prof. Dr. Siedentopf, die Direktorin der ENA Bechtel und Rektor Fisch (v.l.) bei der Überreichung der Medaillen Foto: DHV

die ihre Beziehungen weiter kultivieren sollten. Besonders hob sie die diesbezüglichen Bemühungen von Univ.-Professor Siedentopf hervor, der seit den 70er Jahren, damals noch in Zusammenarbeit mit seinem Speyerer Kollegen Univ.-Professor Dr. Roman Herzog, seitens der DHV Speyer die Beziehungen zur ENA koordiniert. In ausdrücklicher Würdigung der Verdienste Siedentopfs überreichte Direktorin Bechtel ihm die neu geschaffene Médaille de l'ENA, zu deren ersten Trägern Siedentopf somit zählt.

Der weitere Verlauf der Veranstaltung bot den unter den Straßburger und Speyerer Studierenden ausgewählten Teilnehmern eine einmalige Gelegenheit, sich über den Stand der Modernisierung der deutschen und französischen Kommunal-

verwaltungen sowie über kundenfreundliche Verwaltung zu informieren. Der Präsident des rheinland-pfälzischen Städtetags, Professor Dr. Schwarting, der Straßburger Professor Hertzog sowie Madame Bréas von der interministeriellen Stabsstelle für die Staatsreform in Paris standen den Teilnehmern Rede und Antwort. Am Nachmittag stand dann ein Besuch bei der Stadtverwaltung in Heidelberg auf dem gemeinsamen Programm des Kolloquiums.

Am folgenden Tag beleuchteten dann PD Dr. Stefan Schorr aus Jena, Martin Piétri aus Straßburg, Professor Dominique Rousseau aus Montpellier sowie die Speyerer Wissenschaftler PD Dr. Beck und Dr. C. Koch verschiedene Aspekte der europäischen Integration und des Verhältnisses von Verwaltung und Bürgern. Am Nachmittag schloss dann das 9. deutsch-französische Verwaltungskolloquium mit einem gemeinsamen Besuch am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Hier bot sich den Teilnehmern die Möglichkeit zu einem Gespräch mit dem Präsidenten des BVerfG, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, und mit Verfassungsrichter Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio.

Wer kennt noch Joss Fritz?

Lehrfahrt nach Bruchsal aus Anlass der 500. Wiederkehr
des Bundschuh-Aufstands von 1502

Wie macht man Ereignisse, die 500 Jahre zurückliegen, heute bekannt und stellt einen Bezug zur Gegenwart her? Wie kann eine Verwaltung in Zeiten leerer Kassen ein derartiges Jubiläum zur Profilierung ihrer Stadt nutzen? Welche Gruppen kann städtische Kulturarbeit dazu „mit ins Boot holen“?

Das waren nur einige der verwaltungspraktischen Fragen, mit denen sich bei einer halbtägigen Lehrfahrt zur Stadtverwaltung Bruchsal Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, Dr. Wilfried Rudloff und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars „500 Jahre Bundschuh: Soziale Unruhe, Reformation und moderner Staat“ zum Abschluss ihrer Semesterarbeit vertraut machten.

Thomas Adam vom Stadtarchiv Bruchsal, der Verantwortliche für das Gedenkjahr, machte überzeugend klar, welche Distanz einen heutigen Menschen erst einmal von Joss Fritz trennt. Er war der Führer von aufständischen Bauern, die sich unter der Fahne des typisch bäuerlichen Bundschuhs im Jahre 1502 in Untergrombach (heute ein Stadtteil von Bruchsal) gegen die Grundherrschaft des Adels und gegen den entstehenden modernen Staat des Fürstbischofs von Speyer auflehnen wollten, aber noch vor ihrem gewalttätigen Losschlagen verraten wurden. Nur in kritischer Distanz kann die städtische Kulturarbeit der Gegenwart an die historische Vergangenheit anknüpfen – aber gerade dadurch kann sie zur Klärung der Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und kommunalen Rechten damals und heute beitragen. Die Aufgabe bei der Vergegenwärtigung von Geschichte sei es, „Ähnlichkeit, nicht Identität deutlich werden zu lassen“, so die Formulierung von Thomas Adam.

Das Bundschuh-Jahr in Bruchsal vom Juli 2001 bis zum September 2002 versuchte, ganz verschiedene Zielgruppen an das Geschehen um Joss Fritz heranzuführen: Ein großer historischer Festumzug und eine dreimal ausverkaufte Freilichtaufführung eines Geschichtsdramas um Joss Fritz bauten auf beste-

henden volkstümlichen Festen in Untergrombach auf, eine Reihe von allgemeinverständlichen Vorträgen sammelte die historisch stärker Interessierten und machte zugleich die Mitglieder der kooperierenden Vereine mit dem Thema bekannt, und eine große wissenschaftliche Tagung unter Teilnahme aller derzeit



Bauern unter der Bundschuh-Fahne bedrängen einen Ritter

in der deutschen Bauernkriegsforschung tätigen Experten rundete das Gedenkjahr für die Historiker vom Fach ab.

Für die Finanzierung dieses Programms von fast einem Viertelhundert Veranstaltungen in einer Stadt, die um einiges kleiner ist als Speyer, mussten unkonventionelle Wege gegangen werden. Die vom Gemeinderat mit großer Mehrheit bewilligte Grundfinanzierung wurde durch Beiträge von Sponsoren ergänzt, die dafür bestimmte ‚Gegenleistungen‘ erwarteten. Höher als geplant waren vor allem die Marketingkosten, aber die kluge Beschränkung auf eine in hoher Auflage gedruckte Broschüre und einen vielbeachteten Internetauftritt (www.bundschuh-web.de) zahlte sich aus, wie der umfangreiche Pressespiegel mit Berichten aus überregionalen Zeitungen und selbst ausländischen Zeitschriften zeigt. Und in der Stadt Bruchsal waren es am Ende des Gedenkjahres nicht mehr 50 %, sondern 70 % der in der Fußgängerzone Befragten, die mit dem Namen von Joss Fritz etwas anfangen konnten, wie junge Leute im Schülerwettbewerb zum Joss-Fritz-Jahr herausfanden.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars war diese Lehrfahrt eine willkommene Ergänzung und Erweiterung ihrer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema der Bauernaufstände der Frühen Neuzeit, nicht nur, weil sie einen Einblick in kommunale Kulturarbeit erhielten, sondern auch, weil sie dezidierte Anstöße zur Auseinandersetzung mit der historischen Ambivalenz „ihres Helden“ Joss Fritz erhielten.

Hochschulen im Wettbewerb

Arbeitsgemeinschaft zur Positionierung der DHV Speyer

Bereits zum zweiten Mal setzte sich eine Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von PD Dr. Dieter Beck wissenschaftlich mit der DHV Speyer auseinander. Nachdem im Wintersemester 2001/2002 die Frage „Warum Speyer?“ im Mittelpunkt der Lehrveranstaltung stand, verglichen die Hörerinnen und Hörer im Sommersemester 2002 das Speyerer Angebot mit vergleichbaren Angeboten anderer deutscher Universitäten und Fachhochschulen.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Projektgruppen und Projektmanagement“ bei PD Dr. Beck wurde im Sommersemester 2002 das Angebot der DHV Speyer mit anderen verwaltungswissenschaftlichen Studiengängen in Deutschland verglichen. Im Anschluss daran wurden Vorschläge erarbeitet, wie die DHV Speyer ihr Studienangebot weiter optimieren kann. Hierbei wurde auch die Hörerbefragung aus dem Wintersemester 2001/2002 berücksichtigt. Die Ergebnisse wurden am Ende des Semesters mit Angehörigen der Hochschulverwaltung diskutiert.

Die Arbeitsgemeinschaft untersuchte eine Vielzahl von Studiengängen. Ein Großteil dieser Studiengänge stellt aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedoch keine Konkurrenz für die DHV Speyer und ihr Profil dar. Die Speyerer Hochschule zeichnet sich dadurch aus, dass sie ein gebührenfreies Postgraduiertenstudium anbietet, welches in kurzer Zeit (ein beziehungsweise zwei Semester) absolviert werden kann. Zudem handelt es sich bei den untersuchten Studienangeboten der DHV Speyer um Präsenzstudiengänge.

Von den untersuchten Studiengängen blieben nur zwei ernstzunehmende Alternativen zur DHV Speyer bestehen, darunter eine FH. An der Universität Potsdam kann man innerhalb von 14 Monaten den Titel eines Master of Public Government erwerben. Die Technische Fachhochschule Wildau bietet nach drei Semestern einen Mastergrad im europäischen Verwaltungsmanagement an.

Die Studiendauer ist zwar bei beiden Einrichtungen kurz, macht eine Integration des Studiums in das Referendariat, wie es in Speyer realisierbar ist, aber doch unmöglich. Negativ ins Gewicht fällt beim Angebot der Universität Potsdam, dass Studiengebühren von derzeit 8.835 Euro anfallen. Bei beiden Studiengängen sorgen die derzeit geringen Absolventenzahlen - Wildau hat pro Semester ca. 40 Absolventen - dafür, dass der Studiengang in der Verwaltung nicht sehr bekannt ist.

Obwohl die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter den postgradualen verwaltungswissenschaftlichen Studiengängen damit die Führungsrolle einnimmt, muss doch bedacht werden, dass die Reform des Referendariats die Hochschule vor neue Aufgaben stellen wird. Möglichkeiten, das Studienangebot in Speyer noch attraktiver zu machen, dürfen daher nicht versäumt werden.

Eine Auswertung der Hörerumfrage, deren Ergebnis in einer arbeitsgemeinschaft-internen Umfrage bestätigt wurde, führte dabei zu folgenden Ergebnissen:

Seit Jahren wächst die Nachfrage nach Sprach-, Rhetorik- und Computerkursen. Das vorhandene An-

gebot sollte daher konsequent weiter ausgebaut werden. Gerade im Hinblick auf die jüngste Reform des Deutschen Richtergesetzes, nach der die Einstellung eines Richters auch von seinen rhetorischen und fremdsprachlichen Kompetenzen abhängig ist, erscheint dieser Ausbau notwendig. Hinsichtlich des Erwerbs von Fremdsprachenkompetenzen wäre es hier eine Alternative, einen Teil der regulären Lehrveranstaltungen in Fremdsprachen abzuhalten. Positiver Nebeneffekt: Ein fremdsprachliches Lehrangebot könnte auch die internationale Attraktivität der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften weiter steigern.

Die Arbeitsgemeinschaft kritisierte die, besonders an Wochenenden, zu kurzen Öffnungszeiten der Bibliothek. Diese liegen weit unter dem an anderen Universitäten herrschenden Standard. Als vorbildlich wurde die Universität Konstanz angeführt, an der die Bibliothek 24 Stunden geöffnet hat.

Die Arbeitsgemeinschaft bemängelte das sanierungsbedingte Fehlen eines zentralen Aufenthaltsraums und die Öffnungszeiten der Taberna. Sie empfahl daher, diesbezüglich Lösungen zur allgemeinen Zufriedenheit der Hörerinnen und Hörer zu finden.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Rollenspiel, in dem die miteinander verglichenen Hochschulen noch einmal pointiert vorgestellt wurden und eine sich direkt daran anschließende Diskussion mit Vertretern der Hochschulverwaltung.

*D. Nöll/M. Rehak/
D. GroBekathöfer/C. Schulz
(Hörer im Sommersemester 2002)*

Insiderwissen aus dem Europäischen Konvent

Der Leiter des Europa-Büros der Stadt Mannheim, Peter Simon, war Gast an der DHV Speyer. Als Mitglied im Team der Bundesregierung für den Europäischen Konvent zur Zukunft der EU konnte Simon wertvolle Insider-Einblicke in die Zukunftsperspektiven des Europäischen Konvents eröffnen. Der Vortrag fand im Rahmen des Seminars von Univ.-Professor Dr. Siegfried Magiera zum „Stand des Integrationsprozesses und Zukunft der Europäischen Union“ statt.

Simon erläuterte die Arbeit des Konvents zur Zukunft der EU als neue Methode der Vertragsreform nach dem Vorbild des erfolgreichen Konvents zur Grundrechtscharta. Seine Arbeit gilt dem bislang ehrgeizigsten Reformprojekt im Rahmen der europäischen Integration, der Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit einer sich erweiternden EU in einer glo-

balisierten Welt. Gleichzeitig soll er die demokratische Legitimation, die Transparenz der EU und ihrer Organe stärken.



Univ.-Prof. Dr. Magiera, P. Simon (v.l.) Foto: DHV

Dazu wird der Konvent bis zum Frühsommer 2003 einen Entwurf erarbeiten, der entscheidend sein wird für den Erfolg der sich anschließenden Regierungskonferenz.

Die neue Methodik des Konvents stellte Simon exemplarisch an der Anhörung der Zivilgesellschaft vor, die in einen intensiven Dialog eingebunden wird. In Internetforen und Anhörungen vor dem Konvent haben die Bürgerinnen und Bürger

der EU sowie Verbände die Gelegenheit, ihre Vorstellungen einzubringen. Das Verfahren der Umsetzung von Anhörungsergebnissen erläuterte Simon beispielhaft an der Implementierung der Interessen der Kommunen in den Entwurf. Diese möchten ihre finanziellen Belastungen, das Subsidiaritätsprinzip und die Daseinsvorsorge in lokalen Gebietskörperschaften in der Arbeit des Konvents berücksichtigt wissen.

Besonders interessant waren die vorsichtigen Prognosen, die Simon als „Insider“ des Konvents für dessen Ergebnisse wagte. So geht er von einer weiteren Vergemeinschaftung bei wichtigen Politikbereichen wie der Inneren Sicherheit, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Justizpolitik aus. Eine Abgrenzung der jeweiligen Befugnisse von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten etwa durch einen Kompetenzkatalog hielt Simon dagegen für unwahrscheinlich.

Recht, Staat und öffentliche Sicherheit

Im Mittelpunkt der rechtsphilosophischen Veranstaltung von Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger standen die sittlich-kulturellen Zusammenhänge, die Recht und Staats mitkonstituieren. Diese sind als moderne Institutionen zu kaum noch überschaubaren Organisationen und Handlungsbereichen der Gesellschaft angewachsen. Die Hochschule unternimmt viele differenzierte fachliche Anstrengungen, um die Strukturen sowie die Informations- und Entscheidungsstränge der öffentlichen Einrichtungen aufzudecken. Auch fehlt es nicht an korrigierenden Vorschlägen. Die Vorlesung ging der Frage nach, in wieweit moralische Werte und sittliche Überzeugungen die Staatspraxis bestimmen oder diese sittliche Erwartungen verfehlt und dadurch zu einem moralischen Defizit der Gesellschaft beiträgt. Ausgangslage ist der Pluralismus von Weltanschauungen im Medium der öffentlichen Meinung und der dogmatische kulturelle Pfeiler des Staates, das herrschende Verfassungsbild vom demokratischen Rechtsstaat. Es ist dies ein

konfliktreiches Verhältnis. Die Staatspraxis steht stets in der Spannung von Nähe und Distanz zur Überzeugungsebene des Volkes. Heute drohen vor allem durch moralisch motivierte Bestrebungen des Staates Eingriffe in die Gewissens- und Gesinnungsfreiheit des Einzelnen. Der Staat als Moralersatz ist kein Zukunftsbild. Nach harten historischen Auseinandersetzungen war es gelungen, die Staatsmacht auf das positive Recht zu beschränken. Die Gesellschaft bleibt allerdings darauf angewiesen, dass die Ordnungsfunktion des Rechts die gemeinschaftsstiftende Kraft sittlicher Überzeugungen nicht schwächt, sondern im Rahmen ihrer begrenzten Zuständigkeit stützt. Dies gilt auch für den viel kritisierten, von Bewegungen in den USA ausgehenden „Komunitarismus“. Er ist der Versuch, den modernen gesellschaftlichen „Egoismus“ zu überwinden. Die Hörerinnen und Hörer haben an diesem „staats-moralischen“ Diskurs lebhaft teilgenommen.

An der DHV Speyer fast wie zu Hause Gelungene Integration ausländischer Hörerinnen und Hörer

Begrüßungsabend

Zum Auftakt des Sommersemesters veranstaltete das Ausländer-(Aufbau-)Studium am 27. Mai 2002 einen Begrüßungsabend für die neuen ausländischen Studie-



Kennenlernen am Salat-Bufferet ...

renden. Zwar musste der ursprünglich als „Freiluftveranstaltung“ geplante Abend aufgrund der schlechten Witterung in die Taberna der Hochschule verlegt werden. Doch tat dies der guten Stimmung, die sich bei einem reichhaltigen Buffet und Getränken rasch verbreitete, keinen Abbruch. In seiner Begrüßung hieß der Senatsbeauftragte für das Ausländer-(Aufbau-) Studium, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, die „Neuen“ an der DHV Speyer herzlich willkommen und dankte den ebenfalls eingeladenen „Gasteltern“ aus Speyer und Umgebung für ihr wertvolles Engagement bei der sozialen Betreuung ausländischer Studierender, aus der sich oftmals Freundschaften entwickelt hätten, die weit über den Aufenthalt in Speyer hinausreichten.

Am 25. Juli 2002 unternahm das Ausländer-(Aufbau-)Studium ei-

ne Exkursion in und um Speyer. Zwar hatten die ausländischen „Neu-Speyerer“ alle mindestens schon ein Semester an der DHV Speyer hinter sich. Dennoch kannten viele die im Rahmen einer Stadtführung besichtigten Sehenswürdigkeiten wie die Dreifaltigkeitskirche oder das Judenbad nicht und begeisterten sich für die neuen Perspektiven, die sich bei der Besteigung des „Altpörtels“ oder der Fahrt mit dem Schiff „Pfälzer Land“

auf dem Altrhein boten. Der gelungene Abschluss eines arbeitsreichen ersten Semesters an der DHV Speyer wurde auf einem Erinnerungsfoto vor dem Speyerer Dom festgehalten.

Patenschaften

Mit dem Beginn des Sommersemesters 2002 wurde eine semesterbegleitende Betreuung der fünfzehn ausländischen Aufbauhörerinnen und -hörer eingeführt. Inhalt dieser im Vergleich zu den deutschen Hörerinnen und Hörern erweiterten Betreuungslleistung war die

Durchführung eines wöchentlich stattfindenden Tutoriums, und die Organisation von verschiedenen länderbezogenen „Patenschaften“.

Zur deren Herstellung mussten zunächst 4-5 RechtsreferendarInnen bzw. deutsche AufbauhörerInnen, die für die Dauer der nächsten drei Monate als PatInnen tätig sein sollten, angeworben werden. Hierfür stellte Herr Laurency während der Orientierungsphase I in knapp 10 Minuten der Hörerschaft die Institution des Ausländer-Aufbaustudiums näher vor, was dann auch den Zulauf von weit mehr Interessenten als notwendig einbrachte. Nach kürzeren Auswahlgesprächen wurden Franziska Bing, Hermann Bohle, Dorothee Fahrbach, Christian Kurdum sowie Claudia Schwennesen als geprüfte wissenschaftliche Hilfskräfte eingestellt. Als Patinnen und Paten oblag ihnen während der nächsten drei Monate die eigenverantwortliche Betreuung der ausländischen AufbauhörerInnen beispielsweise bei der Erstellung von Referaten und Seminararbeiten, aber auch bei



... und anschließendes gemütliches Beisammensein noch in der „alten“ Taberna
Fotos: DHV

sonstigen Campusaktivitäten, die der möglichst raschen Integration in die Hörschaft dienen sollten. Insgesamt gesehen verliefen alle fünf Patenschaften während des gesamten Semesters reibungslos. Sie stellten für die ausländischen AufbauhörerInnen eine ganz wesentliche Stütze bei anfangs erschwerten Studienbedingungen dar, die mit der Aufnahme eines Postgraduiertenstudiums im Ausland naturgegebenmaßen verbunden sind. Da die Institution der Patenschaft umgekehrt auch den deutschen HörerInnen die Gelegenheit gab, über die wöchentlich stattfindenden Kontakte Aspekte anderer Kulturen kennenzulernen, muss sie als Gewinn für beide Seiten gewertet werden. Nach dem allgemeinen enormen Zuspruch sollte sie zumindest für das erste Semester des Aufbaustudiums zu einer dauerhaften Einrichtung werden.

Tutorium für ausländische Studierende

Zweiter Pfeiler der Institution des Ausländer-Aufbaustudiums war das von Herrn Laurency geleitete „Tutorium für ausländische Aufbauhörerinnen und -hörer“, das jeweils montags von 8.30 - 10.45 Uhr stattfand. Zu Beginn stellten sich die ausländischen HörerInnen untereinander vor und erzählten über ihre Motivation für und ihre Erwartungen an das Aufbaustudium sowie an das Tutorium. Nach dem Abklären einiger Formalia, worunter nicht zuletzt auch die Frage der Organisation der Vorlesungspause stattfindenden Verwaltungspraktika fiel, berichteten die HörerInnen über die Situation von Politik und Verwaltung in ihren



Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, Frau Gabi Gerhardt, M.A., Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer, im Kreise der ausländischen Hörer und ihrer Paten Foto: DHV

jeweiligen Heimatstaaten. Anknüpfend daran wurden in den folgenden zehn Veranstaltungen gemeinsam einige Grundstrukturen und Grundprobleme der öffentlichen Verwaltung in Deutschland erarbeitet und mit den zuvor dargestellten ausländischen Beispielen verglichen. Gegenstände der teilweise heiß geführten Diskussionen waren beispielsweise der Zusammenhang von öffentlicher Verwaltung und Rechtsstaat, die Gesetzgebung (unter Beteiligung von Frau Assessorin Stefanie Gilde), der Einfluss der Staatsstrukturprinzipien auf die öffentliche Verwaltung und daraus abgeleitet der öffentliche Dienst sowie der Verwaltungsföderalismus. Sicherlich ein Höhepunkt des Tutoriums war der Gastvortrag des Bürgermeisters der Gemeinde Gräfelfing / München, Herrn Christoph Göbel, zum Thema Kommunalpolitik am 15. Juli 2002.

Verwaltungspraktika

Wie üblich vermittelte die Hochschule auch dieses Jahr nach Abschluss der Veranstaltungen wieder jedem ausländischen Hörer Praxiserfahrung in der deutschen Verwaltung. Sieben der fünfzehn AufbauhörerInnen leisten derzeit

ihr Verwaltungspraktikum bei einer Stadtverwaltung ab. Von den anderen wurden zwei zum Innenministerium Rheinland-Pfalz vermittelt und jeweils eine/r zum Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz, zum Landesuntersuchungsamt Koblenz, zum BMZ, zum Bundesinnenministerium (Abteilung BGS), zum Bundeskartellamt sowie zur Konrad-Adenauer-Stiftung.

Doktoranden

Eine stattliche Zahl von insgesamt 14 ausländischen Doktoranden war im Sommersemester an der Hochschule Speyer immatrikuliert; darunter acht, die von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas betreut werden. Herr Jung aus Südkorea konnte sein Promotionsstudium in der Zwischenzeit mit Erfolg abschließen und in sein Heimatland zurückkehren.

Alles in allem darf somit festgestellt werden, dass die Integration der ausländischen AufbauhörerInnen in den Rahmen des Aufbaustudiums im Sommersemester 2002 sowohl in sozialer wie auch in fachlicher Hinsicht wiederum gelungen ist.

Erfahrungen der EWU für „down under“

Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag hat am 2. und 3. April 2002 vor Vertretern der Zentralbank von Neuseeland in Wellington über das Zustandekommen und den bisherigen Verlauf der Europäischen Währungsunion (EWU) berichtet. Der Erfahrungsaustausch fand statt vor dem Hintergrund der angestrebten Währungsunion zwischen Australien und Neuseeland. Dieser Prozess ist wegen der geforderten Dominanz Australiens inzwischen ins Stocken geraten. Manche Erfahrungen aus der EWU könnten aber helfen, die Verhandlungen wieder zu beleben.

Instituto Universitario Ortega y Gasset

Im Rahmen eines Seminars des renommierten Instituto Universitario Ortega y Gasset über „Globalización y Distribución Territorial del Poder“ (Globalisierung und territoriale Machtverteilung) hielt Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann am 3. April 2002 in Madrid einen Vortrag zum Thema „El federalismo cooperativo“ (Der kooperative Föderalismus). In dem Seminar, an dem neben Wissenschaftlern Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung und Rechtsprechung teilnahmen, wurden ausländische Erfahrungen mit föderalen Strukturen in die Diskussion über eine Neujustierung des spanischen Autonomienstaates und über seine Einordnung in das europäische Mehr-Ebenen-System einbezogen.

EURO-CIGAR Projekt Aktueller Stand und Reformperspektiven des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens in ausgewählten europäischen Ländern

Im Rahmen dieses Projektes, welches unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder, Speyer, und Univ.-Professor Dr. Rowan Jones, Birmingham, steht, fand am 5. und 6. April 2002 der zweite Workshop an der DHV Speyer statt.

Im Rahmen dieses Workshops stellen die Länderexperten ihre Arbeitspläne vor und es erfolgte die Festlegung der endgültigen Gliederung der Länderberichte. Der dritte Workshop, welcher am 27. und 28. September in Siena, Italien, stattfinden wird, soll zur Darstellung bisheriger Arbeitsbemühungen, des weiteren Vorgehens sowie zur Diskussion von Ergebnissen, soweit sie schon vorliegen, dienen. Der vierte Workshop ist für den 31. März und 1. April 2003 in Speyer geplant; dort werden die endgültigen Länderberichte, auf deren Basis die Erstellung einer komparativen Querschnittsanalyse durch die Univ.-Professoren Lüder und Jones erfolgen wird, vorgestellt. Die Gesamtergebnisse werden unter anderem dem Public Sector Committee der International Federation of Accountants (IFAC-PSC) auf deren Tagung im November 2003 in Berlin präsentiert. Weitere Informationen über dieses Projekt sind unter <http://www.cigar-network.org> abrufbar.

Eingliederung behinderter Menschen in Asien und Europa

Vom 6. bis 10. April 2002 fand in Berlin eine von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht und dem Japanisch-Deutschen Zentrum in Berlin veranstaltete internationale Tagung statt. Die Konferenz widmete sich dem gemeinsamen Forschungsprojekt „Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Bürgergesellschaft in Asien und Europa: Eingliederung im Sozial- und Rechtsvergleich“. Sie ist Teil eines längerfristig und international angelegten Forschungsprojekts, das im September 2001 mit einer Vorkonferenz an der DHV Speyer begonnen wurde. Auf der Grundlage von Landesberichten aus einer Reihe europäischer und asiatischer Länder sowie unter Einbezug eines ausführlichen Berichts über die Lage in den USA wurde im interdisziplinären und internationalen Dialog der Frage nachgegangen, wie

sich Behindertenpolitik und -recht in Europa und Asien in der Vergangenheit entwickelt haben und künftig entwickeln werden. Das Projekt dient mit dieser Maßgabe zugleich der Integration einer Reihe asiatischer Doktoranden aus Speyer nach Abschluss ihrer Promotion in die internationale Forschungsarbeit. Diese gewinnt durch die damit verbundene Post-Doc-Tätigkeit zugleich den Charakter einer wissenschaftlichen Nachbetreuung. Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas hielt auf dieser Konferenz am 8. April 2002 einen Vortrag zum Thema „Integration behinderter Menschen in verschiedenen Lebensphasen als Politikauftrag - Potentiale wecken statt Menschen entmündigen: ein kategorialer Rahmen“.

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft

Vom 11. bis 12. April 2002 reiste Univ.-Professor Dr. Dr. König nach Halle/Saale, um an einer wissenschaftlichen Konferenz der Sektionen „Regieren“ sowie „Staatslehre und öffentliche Verwaltung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) im Rahmen des 500jährigen Jubiläums der Universität Halle-Wittenberg teilzunehmen. Ziel der Veranstaltung war es, die Entwicklung der Policyforschung vor dem Hintergrund der Veränderungen von Staatlichkeit zu beleuchten.

Quo Vadis Gesundheitswesen?



Speyerer Gesundheitstage Foto: DHV

Vom 15. - 16. April 2002 fanden in Speyer die 4. Speyerer Gesundheitstage zu dem Thema „Reformoptionen der GKV - Quo vadis Gesund-

heitswesen?" statt. Die von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas konzipierte Veranstaltung befasste sich in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen/Innungskrankenkassen und der Landwirtschaftlichen Krankenkasse im Land Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der von Bundesregierung und politischen Parteien für die Nachwahlzeit angekündigten grundlegenden Gesundheitsreform mit den zentralen Problemen einer Veränderung der sozialen gesetzlichen Krankenversicherung. Im Einzelnen wurden sozial- und gesundheitspolitische, ökonomische, europä- und sozialrechtliche Überlegungen zusammengeführt, um das Reformproblem zukunftsbezogen zu bearbeiten. Die Reformdiskussion widmete sich dabei speziell den Fragen der Grund- und Wahlleistungsversorgung, des Disease Managements, der Entwicklung der Krankenversicherung zu einer Einheitsversicherung sowie der Möglichkeit für Patienten, an der Entwicklung des Gesundheitswesens unmittelbar oder repräsentativ beteiligt zu werden. Am 16. April 2002 hielt Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf dieser Veranstaltung einen Vortrag zum Thema „Wo bleibt der Patient in der Gesundheitsreform?“.

Microsoft Government Leaders Conference

Vom 15. bis 18. April 2002 nahm Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann als Mitglied einer deutschen Delegation auf Einladung der Microsoft Corporation an der Microsoft Government Leaders Conference in Seattle teil.

Besuch des Präsidenten des thailändischen Verfassungsgerichts

Am 31. Mai 2002 besuchte eine Delegation des thailändischen Verfassungsgerichts, darunter sein Präsident und sein Generalsekretär, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Im Gespräch mit Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf und Univ.-

Professor Dr. Karl-Peter Sommermann wurden Fragen der Modernisierung von Staat und Verwaltung und der Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit erörtert. Im August 2002 setzten die Speyerer Professoren das Gespräch mit der thailändischen Verfassungsgerichtsbarkeit in Bangkok fort; die thailändischen Richter wünschen eine weitere Zusammenarbeit.

Limerick

Auf Einladung von DELL Computer nahm Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann an einer Veranstaltung über „Produktsteuerung und Customer Relationship“ in Limerick teil.

Vortrag in Portugal

„Reforms of Public Administration within the European Union: why do we need more Ethics in Public Service?“. lautete der Titel des Vortrages von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas am 17. Mai 2002 am Instituto Superior Ciências do Trabalho e da Empresa im Rahmen der internationalen Konferenz "Administração e Cidadania. Modernização dos Serviços Públicos" in Lissabon/Portugal.

Probleme der Sozial- und Beschäftigungspolitik

Zum Thema „EU-Bürger in der Arbeits- und Sozialunion. Allokative und institutionelle Probleme der Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU“ berichtete Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf dem VII. Kongress „Junge Juristen und Wirtschaft“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung in Essen. Die Veranstaltung vom 22. bis 24. Mai 2002 trug das Thema „Europa der Bürger – Nach der Euro-Einführung und vor der EU-Erweiterung – Zwischenbilanz und Perspektiven“.

Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Am 21. und 22. Juni 2002 fand an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Straßburg ein Kolloquium über die Reform des Eu-

ropäischen Gerichtshofs für Menschenrechte statt. Die Reformdiskussion wurde ausgelöst durch den dramatischen Anstieg an Individualbeschwerden (im Jahre 2001 über 13 000; im Jahre 2002 erwartet man bis zu 20 000 Beschwerden). Wissenschaftler und Vertreter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, darunter der Präsident des Gerichtshofes, diskutierten verschiedene Reformvorschläge. Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann berichtete über die Reformen und Reformdiskussionen zur Entlastung des Bundesverfassungsgerichts, wobei insbesondere die Vorschläge der Benda-Kommission zur Sprache kamen. Im Kolloquium wurde erörtert, inwieweit Erfahrungen auf nationaler Ebene auf die Ebene des Europarates übertragbar sind.

Jahrestagung des Transatlantic Policy Consortium

Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A., nahm am 06. und 07. Juni 2002 als Vertreter der Hochschule und Co-Chairman des Research Committee an der Jahrestagung des Transatlantic Policy Consortium (TPC) teil, die von der ENA in Paris ausgerichtet wurde. Das TPC ist ein Netzwerk von rund 40 europäischen und nordamerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen. Bei dieser Sitzung wurden die Ergebnisse einer von Professor Bohne bei den Mitgliedern des TPC durchgeführten Erhebung zu den gegenwärtigen und zukünftigen Forschungsvorhaben diskutiert und die nächsten Schritte für gemeinsame Forschungsprojekte der Mitgliedsinstitutionen festgelegt. Ferner wurde beschlossen, das alle zwei Jahre stattfindende Plenary Meeting des TPC im Jahre 2003 unter dem Generalthema „Transatlantic Perspectives on Liberalization and Democratic Governance“ an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zu veranstalten.

Perspektiven für die Verwaltung von morgen

Am 12. Juni 2002 hat Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann in Bonn einen Vortrag zum Thema „Transformation zu eGovernment“ anlässlich des 1. Jahreskongresses „eGovernment - Perspektiven für die Verwaltung von morgen“ bei der Telekom AG gehalten.

Experten-Hearing in Den Haag

Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder wurde am 13. Juni 2002 zum Symposium des niederländischen Rechnungshofs zur Reform des Rechnungswesens der niederländischen Zentralregierung gehört. Im Rahmen dieses Symposiums referierte er über: Accrual Governmental Accounting: Purposes and Contents, Relation with Macro Accounting and Application in Germany.

Symposium der Bertelsmann-Stiftung in Berlin

Zu „Veränderungsbedarf für den gegenwärtigen rechtlichen Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung - die sozialrechtliche Perspektive“ referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas in Berlin am 15. Juni 2002 auf dem Symposium der Bertelsmann-Stiftung und der Freien Universität Berlin mit dem Thema „Markt und Regulierung - Rechtliche Perspektiven für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung“.

Vortrag in Brüssel

„Führung in Europa“ lautete der Vortrag von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 18. Juni 2002 in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel/Belgien.

Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik

Vom 24. bis 25. Juni 2002 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M. A., das Forum „Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik“ statt. Das Forum stieß auf großes Interesse der Teilnehmer, die aus zahlrei-

chen Unternehmen der Energiewirtschaft und von staatlichen Behörden kamen. Darüberhinaus diente das Forum als eine unabhängige Plattform für Diskussionen und Meinungsaustausch, was von verschiedenen Teilnehmern als besonderer Vorzug der Speyerer Foren hervorgehoben wurde. Bei der Darstellung der Funktionsweise des bilateralen Stromhandels sowie des Stromhandels wurde deutlich, welche zen-

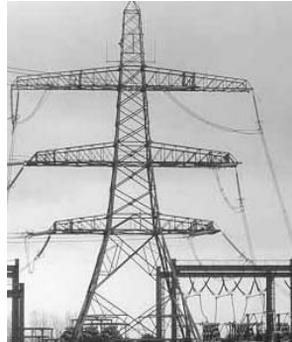


Foto: users.tinyonline.co.uk/bigb

trale Rolle die Strombörse für den Wettbewerb hat. Im Hinblick auf die Rolle des Staates bei der Liberalisierung des Stromhandels wurden dessen Aufgaben insbesondere bei Netzinfrastrukturen diskutiert.

Argumente der Globalisierungskritiker

Im Rahmen einer Jubiläumsveranstaltung des Industrieclubs Schwetzingen/Walldorf am 22. Juni 2002 hat Univ.-Professor Dr. Dieter Duenwendag über „Globalisierungs-Falle oder Wohlstandsquelle?“ referiert. Angesichts der zunehmenden Kritik der Globalisierungsgegner stand die Frage im Mittelpunkt, ob und inwieweit auch die Entwicklungsländer von der Internationalisierung der Wirtschaft profitieren und wie sie stärker in die globale Vernetzung eingebunden werden können.

Besuch aus Korea

Am 24. Juni 2002 besuchte Univ.-Prof. Dr. Joon Hyung Hong von der Graduate School for Public Adminis-

tration an der Seoul National University/Korea die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Er hielt in dem von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas geleiteten Seminar für „Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht“ einen Gastvortrag mit dem Thema „Zur Reichweite der ‚rule of law‘ in den europäisch-asiatischen Wirtschaftsbeziehungen“. In einer voraufgehenden Besprechung orientierte sich Herr Professor Dr. Hong über die Möglichkeiten einer engeren Kooperation zwischen der Seoul National University und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Vortrag vor BASF-Vorstandsmitgliedern

„Governance - Economic Governance - Corporate Governance“ lautete der Titel eines Vortrags, den Univ.-Professor Dr. Dr. König anlässlich des turnusmäßigen Treffens der Hochschulprofessoren mit den Vorstandsmitgliedern der BASF AG am 2. Juli 2002 an der DHV Speyer hielt.

Seminar in Hamburg

Am 12. Juli 2002 fand an der Universität Hamburg eine Festveranstaltung zu „40 Jahre Seminar für ‚Verwaltungslehre‘“ statt, an der Univ.-Professor Dr. Dr. König teilnahm.

Workshop in Berlin

In Berlin richteten die Weltbank und die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) vom 8. bis 10. Juli 2002 einen Workshop zum Thema „Making Services Work for Poor People“ in Vorbereitung des Weltentwicklungsberichts 2004 aus. Univ.-Professor Dr. Dr. König war als einer der Chairpersons mit der Leitung der Veranstaltung betraut.

Beratung der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Am 10. Juli 2002 nahm Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann an ei-

nem Workshop über die künftige Strategie der Interamerikanischen Entwicklungsbank zur Förderung der Staatsmodernisierung teil. In der vom Instituto Internacional de Gobernabilidad und der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Barcelona organisierten Veranstaltung führte er in den Themenkomplex „Consolidación del Estado de Derecho“ (Festigung des Rechtsstaates) ein. Die Ergebnisse des Workshops sind mittlerweile in das neue Strategiepapier der Interamerikanischen Entwicklungsbank eingearbeitet.

Internationale Universität Menéndez Pelayo

Im Rahmen eines Vorlesungszyklus der Internationalen Universität Menéndez Pelayo über die Beziehung der Verfassungsgerichtsbarkeit und der einfachen Gerichtsbarkeit hielt Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann am 15. und 16. Juli 2002 Vorlesungen über „La importancia del derecho constitucional para la jurisprudencia de los tribunales ordinarios“ (Die Bedeutung des Verfassungsrechts für die Rechtsprechung der einfachen Gerichte) sowie über „Jurisdicción ordinaria y jurisdicción constitucional“ (Einfache Gerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit). Die Vorlesungsreihe fand in La Coruña statt und wurde von dem ehemaligen Vizepräsidenten des spanischen Verfassungsgerichts, Herrn Prof. Dr. Francisco Rubio Llorente, geleitet.

Ostasien-Konferenz in Wildbad Kreuth

Vom 19. bis 22. Juli 2002 hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas in Wildbad Kreuth an einer internationalen Ostasien-Konferenz teilgenommen, die von der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Koreanischen Gesellschaft für Deutschlandstudien, Seoul/Korea, gemeinsam mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt wurde. Die Tagung diente der Darstellung und dem Vergleich von Problemstrukturen in Ko-

rea und Deutschland nach den Ereignissen vom 11. September 2001. Pitschas hielt auf der Tagung einen Vortrag und übernahm am 20. Juli ein Panel. An der Konferenz nahm auch Univ.-Prof. Dr. Ik-Sup Shim von der Dongguk Universität in Seoul/Korea – einer Partner-Universität der DHV Speyer – teil. Die Veranstaltung schloss u. a. mit der Verabredung zwischen Pitschas und dem Vorsitzenden der Koreanischen Gesellschaft für Deutschlandstudien, Prof. Dr. Tuk Chu Chun, demnächst die DHV Speyer auch an seiner Universität (Soong Sil Universität, Seoul) vorzustellen. Der Vortrag von Univ.-Prof. Pitschas auf dieser Konferenz hatte zum Thema „Informationsgesellschaft, Rechtssystem und Verwaltungspraxis. Vergleichende Bemerkungen zu Problemstrukturen in Korea und Deutschland im Zeichen kooperativer Staatlichkeit und künftiger e-governance in der Wissens- und Informationsgesellschaft“.

Vom Barcelona-Prozess zur EU- Mittelmeer-Freihandelszone

Am 30. Juli 2002 hielt Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas im Rahmen der XIII. Europäischen Sommerakademie des Gustav-Stresemann-Instituts in Bonn einen Vortrag zum Thema „Die Europäische Union in einem global veränderten Umfeld“.

Motivation durch Kommunikation

Am 16. August 2002 hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in Bad Nauheim im Rahmen des Führungskräfte-Workshops des Hessischen Sozialministeriums einen Vortrag zum Thema „Motivation durch Kommunikation“.

Dialogseminar mit der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit

In der Zeit vom 17. bis 24. August 2002 nahmen Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann an einem von der Konrad-Adenauer-Stif-



Die Teilnehmer am deutsch-thailändischen Dialogseminar zur Verwaltungsgerichtsbarkeit
Foto: Privat

tung geförderten Dialogseminar mit der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit teil. An der Veranstaltung, die per Videotechnik zu den regionalen Verwaltungsgerichten übertragen wurde, nahmen von thailändischer Seite die Richter des Obersten Verwaltungsgerichtshofes sowie 50 erstinstanzliche Richter und 50 juristische Mitarbeiter des Office of the Administrative Courts teil. Erörtert wurden drei Themenblöcke, wobei sowohl die beiden deutschen Experten als auch die thailändischen Gastgeber zum jeweiligen Thema referierten. Der erste Themenblock betraf die Binnenorganisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Personalentwicklung, der zweite Themenblock Grundprinzipien des materiellen Verwaltungsrechts, insbesondere die für die Rechtsprechung wichtigen Fragen der Kontrolldichte und der Prüfungssystematik, und der dritte Themenblock Instrumente alternativer Streitbeilegung wie Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit. Die Aktualität des dritten Themas ergab sich daraus, dass das thailändische Parlament am 23. April 2002 ein Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit verabschiedet hatte, das auch in Verwaltungsstreitigkeiten zur Anwendung kommen soll. Bereits in den Jahren 1992 bis 1997 hatten Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann im Rahmen von sechs durch die Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Dialogseminaren mit dem thailändischen Staatsrat die Ausarbeitung des thailändischen Verwaltungsverfahrensgesetzes sowie konzeptionelle Vor-

arbeiten zur Schaffung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit begleitet. Professor Sommermann hatte im Dezember 2000 vor den bereits ernannten Richtern des Obersten Verwaltungsgerichtshofes sowie den juristischen Mitarbeitern der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den künftigen Verwaltungsrichtern Vorlesungen gehalten. Im März 2001 schließlich konnte die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit ihre Arbeit aufnehmen. Bis Ende 2002 werden neben dem zentralen Verwaltungsgericht in Bangkok weitere sechs erstinstanzliche (regionale) Verwaltungsgerichte arbeiten. Ein Ausbau auf insgesamt 16 erstinstanzliche Gerichte ist vorgesehen.

Koreareise

Auf Einladung von The Korean Association for Regional Information Society and Korea Local Information Foundation hielt Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann am 30. August 2002 die Keynote Speech beim International Forum on National IT-Strategy zum Thema „E-Government“ sowie einen weiteren Vortrag innerhalb eines Panels zum Thema „E-Government and Life Style in Germany“. Am 2. September hielt er dann auf Einladung des Korea Research Institute for Local Administration (KRI-LA) einen Vortrag zum Thema „The Essentials of E-Government“.

Vortrag bei der European Group of Public Administration

Auf Einladung der European Group of Public Administration (EGPA) war Univ.-Professor Dr. Dr. König vom 04. bis 06. September 2002 Gast auf einer Tagung in Potsdam und hielt dort einen Vortrag zum Thema „Modern Governance in Germany“.

Nachfolgetreffen des V. Führungskollegs Speyer

Am 12. September 2002 referierte Univ.-Professor Dr. Dr. König im Rahmen eines Nachfolgetreffens des V. Führungskollegs Speyer (FKS) zum

Thema „Bilanz der Verwaltungsmodernisierung“.

Terrorismusbekämpfung in Europa

Die 18. Table Ronde des von Prof. Dr. Dr. h.c. Louis Favoreau geleiteten Groupe d'Etudes et de Recherches sur la Justice Constitutionnelle an der Universität Aix-Marseille war dem Thema „Lutte contre le terrorisme et protection des droits fondamentaux“ (Kampf gegen den Terrorismus und Schutz der Grundrechte) gewidmet. Am 13. und 14. September 2002 diskutierten Verfassungsrichter und Staatsrechtler aus zahlreichen europäischen Ländern auf der Grundlage ausführlicher Länderberichte den verfassungsrechtlichen Rahmen sowie die präventiven und repressiven Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus und die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Grundrechte. Die Lage in Deutschland, insbesondere die nach dem 11. September 2001 verabschiedeten Anti-Terror-Pakete, stellten Frau Univ.-Prof. Dr. Constance Grewe (Universität Straßburg) sowie Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann (Speyer) vor. Die Beiträge werden – wie in den Vorjahren – im „Annuaire International de Justice Constitutionnelle“ veröffentlicht.

Vortrag bei der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung

In Berlin referierte Univ.-Professor Dr. Dr. König während einer Veranstaltung der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung vom 19. bis 20. September 2002 über „Maßnahmen und Handlungsweisen zur Konfliktlösung, Global Governance: Ansätze einer neuen Weltordnung“. Gesamtthema der Veranstaltung war „Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung“.

Jahrestagung der European Accounting Association

Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder war als Referent zur Jahres-Tagung der European Accounting Association (EAA) Ende April 2002 in Ko-

penhagen eingeladen. Dort hielt er vor zahlreichen Experten aus Wissenschaft und Praxis einen Vortrag zum Thema: Reforming State Accounting in the EU: Germany.

Forum Öffentliches Rechnungswesen



Bürgermeister Brohm begrüßt die Teilnehmer am Forum Öffentliches Rechnungswesen Foto: DHV

Das diesjährige Forum Öffentliches Rechnungswesen fand von 11.-13. September statt und erörterte den „Stand und Perspektiven der Reform“. Die von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder initiierte und wissenschaftlich geleitete Veranstaltung fand wie gewohnt mit über 130 Teilnehmern aus allen Bundesländern große Resonanz. Im Rahmenprogramm wurden die Teilnehmer von Bürgermeister Hanspeter Brohm im historischen Ratssaal des Rathauses Speyer empfangen. Für die namhaften Referenten seien stellvertretend genannt: Frau Uta Titze-Stecher, MdB, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Prof. Dr. Ernst Buschor, Präsident der Regierung des Kantons Zürich, die Präsidenten der Landesrechnungshöfe Hessen und Baden-Württemberg, Prof. Dr. Manfred Eibelschäuser und Martin Frank sowie Dr. Wolfgang Peiner, Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg.

Besuch aus dem Sudan

Am 25. September 2002 empfingen Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann und Frau Assessorin Marion Weschka, Mag. rer. publ., eine Delegation politischer Entscheidungsträger aus dem Südsudan. In dem

durch jahrelange blutige Auseinandersetzungen zwischen dem islamischen Norden und dem christlichen Süden verarmten Land gibt es positive Zeichen für eine Verständigung zwischen den auch in sich heterogenen Landesteilen. Auf Wunsch der sudanesischen Delegation referierte Professor Sommermann über Möglichkeiten einer territorialen Gewaltenteilung, die die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in die Gemeinwohlorientierung der Verwaltung fördern kann. Die sudanesische Delegation zeigte großes Interesse an der Ausbildung junger sudanesischer Juristen in Speyer, da es nach den Jahren des Bürgerkrieges an Sachverstand für rationale Organisation und Aufgabenwahrnehmung in Staat und Verwaltung mangelt.

Besuch aus Japan

Vom 23. bis 30. September 2002 war Professor Dr. T. Murakami von der kaiserlichen Universität Osaka Gast an der Hochschule. Im Mittelpunkt seines Aufenthalts stand neben seiner Teilnahme am Speyerer Wirtschaftsforum die Festigung der besonderen Beziehungen zwischen der Hochschule und dem Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas einerseits und dem Arbeitskreis für Verwaltungsrecht der staatlichen und weiterer Universitäten in der japanischen Region Kyoto - Osaka - Kobe. Auf diesen Beziehungen gründet die von Univ.-Professor Dr. Pitschas initiierte „Deutsch-Ostasiatische Arbeitswerkstatt für Verwaltungsrecht und -wissenschaft“, die in diesem Jahr im Schwellenland Korea (Daegu) die dritte Jahrestagung veranstalten wird. Der Besuch Murakamis diente auch der Vorbereitung dieser Tagung.

Speyerer Wirtschaftsforum

Vom 25. bis 27. September 2002 führte die DHV Speyer erneut das „Speyerer Wirtschaftsforum“ durch. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Konferenz lag in den Händen der Univ.-Professoren Dres.

Rainer Pitschas und Jan Ziekow. Schwerpunktmäßig befasste sich in diesem Jahr das Wirtschaftsforum mit dem Thema „Kommunalwirtschaft im Europa der Regionen“. Auf der Konferenz ging es im Einzelnen



Eröffnung des Speyerer Wirtschaftsforums
Foto: Gilie

um die aktuellen Streitfragen der Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen im gemeinsamen Binnenmarkt, die aber nicht nur dem Wettbewerbsgedanken, sondern auch dem Prinzip einer „sozialen Daseinsvorsorge“ verpflichtet sind. Problematisch sind die dabei auftretenden Rechtsfragen insbesondere im Bereich der Tätigkeit öffentlicher Banken (Sparkassen), in der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie bei der Wasser- und Energieversorgung. Hierbei kommt es häufig zu einer Konkurrenz mit Privatunternehmen. Dieser Zusammenhang wirft zahlreiche versorgungs-, wettbewerbs- und vergaberechtliche Probleme auf, denen auf der Veranstaltung unter sachkundiger Beteiligung aus dem kommunalen Raum einerseits und der Anwaltschaft andererseits nachgegangen wurde. Insbesondere aus der Perspektive der anwaltlichen Interessenvertretung konnten die Möglichkeiten und Grenzen einer Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen unter Vergabegesichtspunkten aufgezeigt werden. Von besonderem Interesse war die Teilnahme eines bekannten Verwaltungs- und Kommunalrechtlers aus Japan, Herrn Prof. Dr. T. Murakami von der Universität Osaka. Er stellte die kommunalwirtschaftlichen Streitfragen in Japan am Beispiel der Regulierung des öffentlichen Personennahverkehrs dar. Der Titel seines

rechtsvergleichenden Vortrages am 26.09.2002 lautete „Kommunalwirtschaft in Japan und öffentlicher Personennahverkehr“.

Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas vereinbarte mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eine gemeinsame Bewerbung um die Teilnahme an einem Projekt der Europäischen Kommission zur „Modernisation and Reform of the Legal and Judicial System“ in Azerbaijan. Das Ausschreibungsverfahren läuft derzeit. Ebenfalls mit der GTZ (International Services Eastern Europe, Caucasus, Central Asia) vereinbarte Pitschas eine weitere gemeinsame Zusammenarbeit für das EU-Tacis Projekt „Support to the National Civil Service Training Center in Kazakhstan“. Derzeit ist das Projekt noch im Stadium des Forecast. Mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH vereinbarte Pitschas die gemeinsame Bewerbung für ein Projekt in China mit der dortigen Chinese National School of Administration (CNSA). Weiterer Partner ist eine belgische Consultant-Firma.

Einblicke in die Praxis der Landesverwaltung

Im Rahmen des von Univ.-Professor Dr. Hill geleiteten Seminars „Rechtsgrundlagen der Verwaltungsmodernisierung“ konnten die Teilnehmer neben theoretischen Kenntnissen auch Einblicke in die Praxis gewinnen. Bei einem Besuch im Rechnungshof des Landes Rheinland-Pfalz informierte der Präsidenten Dr. Paul Schneider über Funktion, Stellung und Arbeitsweise des Rechnungshofes sowie über neue Aufgaben im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung. Dr. Florian Edinger vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages Rheinland-Pfalz berichtete über Änderungen in der Landeshaushaltsordnung.

Teilnahme der DHV Speyer am ExLibris Projekt

Auf Initiative der Direktorin der Hochschulbibliothek, Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen, nimmt die DHV Speyer an der Aktion ExLibris teil und hofft sich dadurch eine Verbesserung ihrer Bibliotheksausstattung.



Speyer, sich auch als kleine Hochschule zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Bibliotheksausstattung an der Aktion zu beteiligen.

Weitere Informationen zur Aktion ExLibris sind im World Wide Web unter der Adresse <http://www.wissenschaften.de> abrufbar.

„Wie kann man denken ohne Bücher?“ fragte schon der Schriftsteller George Bernard Shaw. Dasselbe fragen sich heute die Studierenden, die unter dem Spanzwang der Hochschulbibliotheken leiden. Wegen überproportionaler Kostensteigerungen können immer weniger neue Bücher gekauft werden, immer mehr wissenschaftliche Zeitschriften müssen abbestellt werden. Die Lage ist besorgniserregend: Bundesweit fehlen jährlich rund 50 Millionen Euro. Diese Bibliothekskrise gefährdet die Ausbildung des gesamten akademischen Nachwuchses. Private Unterstützung tut jetzt Not.

Hier setzt „ExLibris – Wissen schaffen“ als erstes Spendenprojekt zugunsten aller deutschen Hochschulen an. Die Aktion ExLibris, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht und prominente Kuratoren wie Lothar Späth, Lord Dahrendorf und Marcel Reich-Ranicki in ihren Reihen hat, stellt eine bundesweite Kommunikationsplattform dar, über die Freunde und Ehemalige Kontakt zu „ihrer“ Hochschule aufnehmen können. Zudem organisiert ExLibris für die an der Aktion teilnehmenden Hochschulen ein Spendenprojekt zugunsten der Not leidenden Hochschulbibliotheken. Ab 90,- Euro wird jeder Spender als Dankeschön in seiner Hochschule verewigt: Ein ExLibris mit seinem Namen wird in ein neues Buch eingeklebt. Selbstverständlich erhält jeder Spender eine steuerlich voll absetzbare Spendenbescheinigung und eine Information über den Titel und Standort des mit seiner Spende angeschafften Buches.

Die Aktion, die in ihrer Probephase bereits vor einem Jahr gestartet wurde, verläuft überaus viel versprechend. Grund genug für die DHV

Stimmen zu ExLibris

„Qualität und Vielfalt unseres Bildungswesens können auf Dauer nur gesichert werden, wenn neben einer verlässlichen Förderung durch die öffentliche Hand mehr und mehr privates Engagement wirksam wird. ExLibris steht für ein neues Miteinander, ein bereits in ersten Ansätzen erfolgreiches Zusammenwirken, das jedem Einzelnen spezifische Möglichkeiten eröffnet, den Weg unserer Hochschulen in die Wissensgesellschaft mitzugestalten.“
(Dr. Wilhelm Krull, Generalsekretär der Volkswagenstiftung)

„Die Erkenntnis Wilhelm von Humboldts, dass erst die Sprache die Welt der Menschen schafft, bleibt auch im Zeitalter der scheinbar beliebig verfügbaren Informationen gültig. Als Boten des geordneten Wissens, der Poesie und des Glaubens bleiben Bücher unersetzlich, und weil immer teuer, knapp. Besonders für die unterfinanzierten Hochschulen. ‚ExLibris - Wissen spenden‘ beschenkt Geber wie Empfänger: Studierende finden endlich wieder mehr Bücher, Spender finden kleine oder auch große ‚Dinge‘ mit denen sie sich persönlich identifizieren können.“ (Prof. Dr. Klaus Landfried, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz)

„In Hochschulbibliotheken investiertes Geld ist gut investiertes Geld. Es dient der Forschung und Lehre und damit kurz-, mittel- und langfristig uns allen.“
(Professor Dr. H. G. Zachau, Kanzler des Ordens Pour le mérite)

„ExLibris - Wissen schaffen‘ gibt den ehemaligen Hochschulinnen und Hochschülern, den Alumni, eine willkommene Gelegenheit, ihrer Hochschule zum Wohle der heutigen Studierenden etwas zurück zu geben.“ (Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung)

Von Inseln zu Netzen und der Wahrheitsgehalt von Prognosen

Forum „Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen VI“

Ein breites Spektrum von Themen stand auf dem Programm des diesjährigen Forums „Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen“, das unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill



Modernisierungsprozesse im Visier

Foto: DHV

und Univ.-Professor Dr. Helmut Klages vom 9. bis 11. September 2002 zum sechsten Mal an der DHV Speyer stattfand. Mehr als 70 Vertreter aus den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch aus der Wissenschaft und dem Unternehmensbereich befassten sich mit Fragen der Organisations- und Personalentwicklung, dem Finanz- und Qualitätsmanagement sowie Formen der Bürgerbeteiligung und Aspekten des Electronic Government.

In seinem Einführungsreferat stellte Klages die Frage nach der Nachhaltigkeit der Modernisierungsmaßnahmen, die insbesondere die Zielerreichungs- und Bestandsfähigkeit und die Fähigkeit zur Weiterentwicklung in den Blick nehmen müsse. Hier gäbe es zum Teil noch erhebliche Defizite, denen jedoch durch eine stärker strategisch-ganzheitliche Ausrichtung unter Einbeziehung der verschiedenen Akteure, durch den Aufbau eines Managementzyklus sowie eine verdichtete Institutionalisierung der Reform etwa durch Politikkontrakte oder Verfahren der Bürgerbeteiligung im Zuge der Haushaltsaufstellung begegnet werden könne. In unmittelbarem Zusammenhang mit Anforderungen an eine nachhaltige Modernisierung stand der Vortrag von David Wüest-Rudin, PricewaterhouseCoopers, Bern. Am Beispiel des Märchens von Hänsel und Gretel legte er dar, dass es sich bei der Evaluierung als Methode der Überprüfung von Realitäten und Veränderungen, eines Soll-Ist-Vergleiches und der kausalen Verknüpfung von Ursache und Wirkung nicht um Hexerei handle, sondern um einen alltäglichen Vorgang. Auch die Verwaltung müsse

Evaluation in ein Gesamtsteuerungskonzept integrieren, um Informationen bereitzustellen, Wissen weiterentwickeln und Lernen zu ermöglichen.

Am Beispiel einer Staatskanzlei und der Region Hannover wurde das Thema Organisationsentwicklung, eines der zentralen Bereiche zu Beginn der Modernisierung, wiederaufgegriffen. In der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen wurde mit der Bildung von Großreferaten und der Abschaffung der mittleren Führungsebene die bislang übliche Gliederung in Spiegelreferate durch eine konzeptionell-themenbezogene Organisationsstruktur ersetzt, wie Burkhard Nebe, Abteilungsleiter in der Staatskanzlei, erläuterte. So werden im Referat „Nachhaltige Entwicklung“ als ein Schwerpunkt der Regierungspolitik Aktivitäten aus der Verkehrs-, Energie-, Umwelt-, Gesundheits- und Naturschutzpolitik gebündelt und mögliche Konfliktlinien zusammengeführt. Auch mit der Bildung der Region Hannover werde eine Konzentration von Aufgaben und Kompetenzen verschiedener Politikbereiche verfolgt, wie Agnes Hüppe, Dezernentin für Organisationale Infrastruktur bei der Region Hannover, darlegte. Mit der Neubildung der Region Hannover durch Auflösung des Kreises, des Kommunalverbands Großraum Hannover sowie dem Teilverzicht der Kreisfreiheit der Stadt Hannover wurde unter Wahrung der Selbständigkeit der Gemeinden und der Beibehaltung örtlicher Aufgaben in gemeindlicher Zuständigkeit eine Verwaltungsebene eingespart.

Über interne Organisationsentwicklungsmaßnahmen und erste Erfahrungen mit der Methode der Selbstbewertung berichteten Wolf-Ingo Meyer von der Bezirksregierung Hannover und Brigitte Keller, Landratsamt Ebersberg. Einstimmig betonten beide Referenten, dass das Common Assessment Framework (CAF) als leicht handhabbares Instrument die Möglichkeit biete, die eigene Organisation in einem relativ unaufwendigen Verfahren und unter Beteiligung der Mitarbeiter einer Qualitätsbewertung zu unterziehen und aus den Ergebnissen konkrete Anregungen für eine strategische Weiterentwicklung zu gewinnen. Beide Verwaltungen werden ihre positiven Erfahrungen mit dem Instrument der Selbstbewertung im Oktober bei der 2. Europäischen Qualitätskonferenz in Kopenhagen präsentieren. Welche neuen Anforderungen mit der Übertragung von Fach- und Budgetverantwortung auf die Mitarbeiter zukommen, legte Karsten Balzer von der Stadt Seelze plastisch dar: Statt segmentierter Aufgabenerfüllung wird ganzheitliches Denken und Vorgehen notwendig, neben Fachwissen sind insbesondere Methoden- und Sozialkompetenz

gefragt, das Ergebnis gewinnt gegenüber dem Verfahren an Bedeutung. Als Erfolgsfaktoren benannte Balzer vor allem eine Vertrauenskultur und den Mut zum Risiko, d.h. eine höhere Fehlertoleranz gegenüber den Mitarbeitern. Erforderlich seien jedoch Investitionen in Fortbildungsmaßnahmen, die auch in Zeiten leerer Kassen durchaus möglich sind, wie Heinrich Busse-Souchon, Stellvertretender Landrat des Kreises Ludwigslust, mit dem Modell des Mentoring in Verbindung mit Teilzeitbeschäftigung erläuterte. Die Mecklenburger Initiative wolle darüber hinaus auch Erfahrungen aus anderen Bereichen nutzen, indem etwa in der Ausbildung mehrmonatige Praktika vorrangig in der Wirtschaft vorgesehen seien.

Dass Bürgerbeteiligung kein Selbstläufer ist, zeigte sich bei der Vorstellung des preisgekrönten Dialog 2015 der Stadt Ulm. Klaus Gäbel, Leiter des Stadtplanungsamtes, verwies zu Beginn seines Vortrages auf eine anfangs nur geringe Resonanz bei den Bürgern und Bürgern, sich an Planungs- und Entwicklungsvorhaben zu beteiligen; die Stadt habe zunächst um Mitarbeit „buhlen“ müssen. Doch nach den ersten Startschwierigkeiten habe sich das Konzept extern moderierter Zukunftskonferenzen und der Vorlage konkreter Empfehlungen an den Stadtrat bewährt. Auch Leipzig, die zu den im Projekt CIVITAS zusammengeschlossenen Kommunen zählt, setzt auf den Dialog zwischen den 38 verschiedenen Bürgervereinen der Stadt und der Stadtverwaltung. Das Stadtbüro verstehe sich in diesem Prozess vor allem als Moderator und Vermittler, so Ralph Keppeler vom Referat Medien, Kommunikation und Stadtbüro. Als ein Instrument zur Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung hob er den Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen der Stadt und den Bürgervereinen und die Bereitstellung eines Globalbudgets für vereinbarte Projekte hervor. In beiden Referaten wurde jedoch deutlich, dass die Entscheidungskompetenz über Planungsvorhaben auch weiterhin dem Rat obliegen müsse.

Die Reichweite der Umgestaltung des Rechnungswesens zeigte sich in den folgenden Referaten. Als eine der Modellkommunen im nordrhein-westfälischen Projekt Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF) führt die Stadt Brühl in einigen Pilotbereichen das kommunale Haushaltswesen auf der Basis der kaufmännischen Buchführung. Auch wenn es nicht immer einfach gewesen sei, Pilotbereiche zu gewinnen, so der Fachbereichsleiter Finanzen, Ottobert Kuhl, werde ab 2008 der gesamte Haushalt ausschließlich durch das NKF ersetzt. Während die Umstellung in Brühl zu einer Zentralisierung der Kosten-/ Leistungsrechnung geführt hat, strebe man in der hessischen Landesregierung weiterhin dezentrale Strukturen auch bei der Einführung der Kostenstellenrechnung an. Günter Weiland, Staatskanzlei Hessen, hob den enormen Umfang des Projektes hervor, der die gesamte Lan-

desregierung erfasse. Angesichts dieser Dimensionen sei es notwendig, dass die Referenzfunktion des Modells beibehalten und je nach Anforderungen den verschiedenen Organisationen angepasst werde. Als weitere kritische Erfolgsfaktoren betonten beide Referenten frühzeitige Informationen und eine rechtzeitig Schulung der Anwender beispielsweise in Form von Multiplikatorenmodellen. Mit einem Vorurteil



Erfolgreiches Forum zu Modernisierungsprozessen Foto:DHV

konnte Gerhard Dumstorff, Innenministerium Sachsen-Anhalt, aufräumen, nämlich dass die Prognose, Kosten- und Leistungsrechnung bei der Polizei sei überflüssig, ebenso zutreffend sei wie die Aussage des IBM-Gründers, es werde weltweit nur fünf Computer geben. Anhand zahlreicher Beispiele erläuterte er anschaulich Möglichkeiten der KLR im Bereich von Sicherheit und Ordnung und den Nutzen von Vergleichszahlen zwischen Polizeidirektionen sowie Polizeivereinen.

Ausblicke auf künftiges Verwaltungshandeln boten die Referate zum Thema Electronic Government. Während Rolf Becker, Pressestelle der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, den neuen Internet-Auftritt des Landes vorstellte, der die Landes- und Kommunalebene u.a. in Form von Lebenslagen in ein Portal integriert, illustrierte Marco Brunzel, City&Bits, wie auch dislozierte Verwaltungen durch moderne Technologien zusammengebracht und Synergieeffekte genutzt werden können. Gerade in dünn besiedelten Gebieten Nordfrieslands könnten mit dem Projekt „Von Inseln zu Netzen“ neue Arbeits- und Kooperationsformen initiiert werden, die sowohl den Aspekt der Bürgerorientierung als auch den Kostenfaktor angemessen berücksichtigen. Wie stark moderne Informationstechnologien auch interne Abläufe verändern, zeigte Ulrich Zuber, Projektgruppe Informations- und Wissensmanagement des Bundesverwaltungsamtes. Neben der Entwicklung zu einem „papierlosen Büro“ setze man nun stärker auf die Erschließung der in der Organisation gesammelten Daten und des vorhandenen Wissens in Form eines umfassenden Wissensmanagements als Basis für Organisations- und Personalentwicklung.

Die Vorträge sind abrufbar unter <http://www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2002/Gestaltung.htm>.

Kommunale Verwaltung zwischen Bürgeranforderungen, Public-Private-Partnership und Verwaltungskooperation

Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis diskutierten vom 18. bis 20. September 2002 an der DHV Speyer über Bürgeranforderungen und Organisationsvoraussetzungen für eine neue Architektur kommunaler Verwaltungsdienstleistungen. Die von Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen geleitete Tagung „Kommunale Verwaltung zwischen Bürgeranforderungen, Public-Private-Partnership und Verwaltungskooperation: Bürgerbüros – Serviceläden – Bürgerportale“ stieß auf großes Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Den Anfang machten Vorträge zu Bürgerbüros und den Möglichkeiten der Ausgestaltung verschiedener Zugangswege zu kommunalen Bürgerdienstleistungen. In den Diskussionen stellten sich die Problemfelder bürgerfreundlicher Verwaltungsdienste schnell heraus: Die unterschiedlichen Anforderungen der Bürger an einen schnellen und effektiven Service, die damit verbundene Notwendigkeit von Reformen der herkömm-

lichen Verwaltungsgliederung und die Einbindung der Mitarbeiter in diese Neuerungen.



An der DHV Speyer auf dem Prüfstand: Bürgerbüros, Serviceläden und Bürgerportale
Foto: DHV

Das waren auch die Themenschwerpunkte der beiden folgenden Tage. Zunächst ging es um Möglichkeiten der Vernetzung der Dienstleistungsangebote zwischen Verwaltungsebenen und die Einbindung bürgerorientierter Dienstleistungen in ein E-Government-Konzept.

Dann standen die Mitarbeiter als Erfolgsfaktor auf dem Programm. Neue Formen der Kooperation und

Beteiligung „im Schatten der Hierarchie“ und Anforderungen an das Wissensmanagement und die Qualifikation der Beschäftigten wurden diskutiert.

Frau Jansen konnte engagierte Referenten aus Wissenschaft und Praxis gewinnen. Die Qualität ihrer Vorträge erwies sich an den kritischen Fragen und Anregungen aus dem fachkundigen Publikum. Am Ende hatte man gemeinsam tragfähige Konzepte für die Kommunalverwaltung der Zukunft erarbeitet.

Verwaltungstraining am virtuellen Beispiel Entscheidung in der Computersimulation



Virtuelles Regieren von Shamba

Foto: DHV

Vom 3. bis 6. September 2002 konnten sich ausgewählte Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung im Umgang mit komplexen Entscheidungslagen mit Hilfe einer Computersimulation üben. Unter der wissenschaftlichen

Leitung von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, dem Rektor der DHV Speyer, von Univ.-Professor Dr. Siegfried Streufert von der Pennsylvania State University und von Univ.-Professorin Dr. Glenda Nogami vom US-Justizministerium trainierten Behörden-, Abteilungs- und Referatsleiter das effiziente Regieren des virtuellen Inselreiches „Shamba“. Erfolgreich kämpften sie gegen Naturkatastrophen, legten Beschäftigungs- und Bildungsprogramme auf und überwachten

die innere Sicherheit und die Handelsbilanz. Dabei lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die neuesten Techniken strategischen Handelns anzuwenden. Der Einsatz neuartiger Simulationstechnologien erlaubte ihnen dabei einen Blick in die Struktur und Dynamik komplexer Entscheidungslagen. Die elektronisch gestützte Rückmeldung über die Folgedimensionen der Einzelentscheidungen ermöglichte eine differenzierte Beurteilung der Effizienz von Problemlösungsstrategien und von deren letztendlichem Erfolg.

3. Europa-Forum Speyer

Verwaltung in der Europäischen Union

Vom 17. bis 19. April 2002 fand an der DHV Speyer zum dritten Mal das Europa-Forum Speyer - Verwaltung in der Europäischen Union unter der Leitung der Univ.-Professoren Dres. Siegfried Magiera und Karl-Peter Sommermann statt. Inhalt der Veranstaltung, an der mehr als 50 Entscheidungsträger aus der Landes- und Bundesverwaltung teilnahmen, waren vier Themenkomplexe über aktuelle Entwicklungen des europäischen Integrationsprozesses. Dabei wurden außer der deutschen und der europäischen Perspektive, die im Mittelpunkt der Betrachtungen standen, auch Erfahrungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt. Neben der Informationsvermittlung durch die Referenten spielte der Dialog zwischen den mit Angelegenheiten der Europäischen Union befassten Teilnehmern und den Referenten eine wichtige Rolle, wodurch ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch sowohl zwischen Wissenschaft und Praxis als auch zwischen EU-Ebene und nationaler Vollzugsebene stattfand.

Im Einzelnen wurden die Themen Transparenz und Informationszugang in Europa, Krisenbewältigung im europäischen Binnenmarkt am Beispiel des Verbraucherschutzes, aktuelle Entwicklungen im Bereich Justiz und Inneres sowie öffentliche Auftragsvergabe im Europäischen Binnenmarkt behandelt.

Zum Themenbereich „Transparenz und Informationszugang in Europa“ referierte einleitend aus der Perspektive des Europäischen Ombudsmanns der Juristische Hauptberater des Europäischen Bürgerbeauftragten Gerhard Grill, Straßburg. Die europäische Sichtweise wurde sodann durch die französische Perspektive mit dem Vortrag von Univ.-Professorin Dr. Constance Grewe von der Universität Straßburg und um die niederländische Perspektive, vertreten durch Univ.-Professor Dr. Willem Konijnenbelt, Mitglied des niederländischen Staatsrats, Den Haag, ergänzt. Abschließend stellte der Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg, Dr. Alexander Dix, die deutsche Sichtweise dar.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Fortschritte, die durch die am 3.12.2001 in Kraft getretene Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission erzielt wurden, besonders bemerkenswert sind. Nachdem früher nur von den Organen selbst verfasste Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden mussten (Urheberregel), besteht jetzt ein grundsätzlicher Anspruch auf Aktenzugang auch für Dokumente, die sich lediglich im Besitz der Organe befinden. Ein weiterer Fortschritt liegt in der Verpflichtung der Organe, Dokumentenre-

gister öffentlich zugänglich zu machen, da ein effektiver Dokumentenzugang nur dann möglich ist, wenn der Bürger Kenntnis von der Existenz der Dokumente hat. Allerdings ist das Spannungsfeld zwischen Transparenz und Datenschutz nicht zu übersehen, was auch auf nationaler Ebene von allen Referenten bestätigt wurde. Verbesserungsbedarf im praktischen Umgang mit dem Informationszugangrecht ergibt sich auch gemäß der Schlussklärung des Europäischen Rates von Laeken, wonach die Europäische Union demokratischer, transparenter und effizienter werden soll. Gefordert wurde ein über die Regelung in Art. 255 EGV hinausgehendes primärrechtliches Informationszugangrecht.

Zum Themenkreis „Krisenbewältigung im europäischen Binnenmarkt am Beispiel des Verbraucherschutzes“ war von den Referenten zu erfahren, dass sich die Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten im Bereich von Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, ausgelöst durch die BSE-Krise, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene im Umbruch befinden. Bernhard Kühnle, Leiter der Abteilung Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, zeigte auf, wie die verschiedenen, z. T. neu gegründeten Institutionen in Deutschland zusammenwirken, um bisher bestehende Defizite, wie z. B. einen Mangel an Informationen auf Bundesebene wegen der Kontrollzuständigkeit der Länder für die Lebensmittelsicherheit oder mangelnde Koordination der Länder bei der Durchführung der Lebensmittelüberwachung, zu beseitigen. Auf nationaler Ebene solle in Deutschland neben einem Bundesinstitut für Risikobewertung ein Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) neu errichtet werden, um so eine Schnittstelle zwischen dem Europäischen Lebensmittel- und Veterinäramt und den für die Lebensmittelüberwachung in Deutschland zuständigen Landesbehörden zu schaffen. Außerdem solle das BVL bestimmte Aufgaben des Risikomanagements übernehmen und z. B. als nationale Schaltstelle für das EU-weite Schnellwarnsystem im Lebensmittelbereich fungieren. Ziel sei es, die Koordination der Länder, die Transparenz durch Informationsaustausch nach einheitlichen Standards, die Kommunikation und natürlich auch das Krisenmanagement zu verbessern.

Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Arpad Somogyi, Leiter der Abteilung Beurteilung der Gesundheitsrisiken, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Europäische Kommission, Brüssel, wies darauf hin, dass auf europäischer Ebene mit der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 vom 28.1.2002 die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit errichtet worden ist. Aufgabe der Be-

hörde sei die wissenschaftliche Beratung sowie die wissenschaftliche und technische Unterstützung für die Rechtsetzung und Politik der Gemeinschaft in allen Bereichen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit auswirkten. Sie stelle unabhängige Informationen über alle Fragen in diesen Bereichen bereit und mache auf Risiken aufmerksam. Zu diesem Zweck sammle und analysiere sie Daten und erstelle wissenschaftliche Gutachten. In der Verordnung Nr. 178/2002 würden darüber hinaus auch allgemeine Grundsätze des Lebensmittelrechts aufgestellt: Demnach müsse allen Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit eine Risikoanalyse zu Grunde liegen, das Vorsorgeprinzip finde Anwendung, der Ursprung aller Lebens- und Futtermittel müsse zurückverfolgt werden können und die Verantwortlichkeiten der an der Lebens- und Futtermittelproduktion beteiligten Kreise würden festgelegt. Als besonders wichtig wurde hervorgehoben, dass Risikobewertung und Risikomanagement stets getrennt werden müssten, dass also die Wissenschaft, die sich den Analysen widme, von der Politik unabhängig sein müsse.

Unter dem Themenschwerpunkt „Aktuelle Entwicklungen im Bereich Justiz und Inneres“ referierte Univ.-Professor Dr. Dr. Jörg Monar, Co-Direktor des Sussex European Institute, Brighton, über Freiheit, Sicherheit und Recht als Leitbegriffe europäischer Politikgestaltung, und Thomas Binder, Referatsleiter im Bundesministerium des Innern, Berlin, trug über Asyl- und Flüchtlingspolitik vor. Es wurde über den Umsetzungsstand der Beschlüsse des Europäischen Rates in Tampere vom 15. und 16.10.1999 in der Zuwanderungs- und Asylpolitik berichtet, deren Harmonisierungsziel ein gemeinsames europäisches Asylsystem sein soll. Zu bedauern sei, dass die derzeitigen Beratungen im Rat zum einen wegen der Komplexität der Materie, zum anderen wegen der mangelnden Bereitschaft der Mitgliedstaaten, über die in ihrem nationalen Recht gesetzten Grenzen hinauszugehen, nicht so schnell voranschritten wie erhofft. Hierin zeige sich die generelle Diskrepanz zwischen einem ehrgeizigen politischen Programm bei der Schaffung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und den erheblichen Problemen bei der Umsetzung desselben. Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage wurde auf die Gefahr eines Ungleichgewichts zugunsten des Sicherheitsdenkens und zu Lasten der Freiheit hingewiesen, da es leichter sei, sich auf Kontrollmaßnahmen zu einigen, als sich auf positive Maßnahmen zu verständigen. Andererseits erscheine eine Erweiterung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts um die zukünftigen Mitgliedstaaten als unpopulär, da viele dieser Staaten aus politischen Systemen kämen, die von Überwachungsstrukturen durchdrungen gewesen seien. Die Osterweiterung stelle daher aufgrund der unterschiedlichen Strukturen, Kapazitäten

und politischen Prioritäten der Beitrittsstaaten die zentrale Herausforderung in naher Zukunft dar.

Im letzten Themenblock wurde die öffentliche Auftragsvergabe im europäischen Binnenmarkt sowohl aus deutscher Perspektive durch Univ.-Professor Dr. Martin Burgi, Universität Bochum, als auch aus Gemeinschaftsperspektive durch Dr. Rüdiger Voss, LL.M., Generaldirektion Binnenmarkt, Europäische Kommission, Brüssel, erläutert. Es wurde betont, dass das Vergaberecht heute ein Steuerungsmedium darstelle, an dem sich auch ein Wandel der Staatlichkeit ablesen lasse. Durch Outsourcing mittels Vergabe von Dienstleistungsaufträgen habe sich die staatliche Beschäftigungstätigkeit verändert. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26.1.1998 und die Vergabeverordnung vom 9.1.2001 hätten die Position des Bieters erheblich verbessert. § 97 Abs. 7 GWB verleihe dem Bieter ein subjektives Recht auf Einhaltung aller Verfahrensvorschriften, und nach § 13 VgVO bestehe eine Informationspflicht des Auftraggebers, der rechtzeitig vor Erteilung des Zuschlags die nicht berücksichtigten Bieter informieren müsse, damit diese Rechtsschutzmöglichkeiten in Anspruch nehmen könnten. Ein unter Missachtung dieser Informationspflicht geschlossener Vertrag sei nichtig. Es wurde jedoch bemängelt, dass die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Durchführung des Vergabeverfahrens zu komplex seien, viele Fehler nach sich zögen und keine Unbeachtlichkeits- oder Heilungsvorschriften existierten. Gefordert wurde daher eine Unterscheidung zwischen wichtigen Fehlern und eher unwichtigen Formalien.

Außer bei den sich an die Vorträge anschließenden Diskussionen wurde den Teilnehmern des Forums bei einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm Gelegenheit zu Erfahrungs- und Meinungsaustausch geboten. Nach einer Stadtführung durch Speyer wurde am folgenden Abend das Hambacher Schloss besucht, wo man die Ereignisse des Hambacher Festes näher gebracht bekam, von dem der Bogen bis zur Gründung und Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft geschlossen wurde.

Wie die Evaluation ergab, wurde das Forum den Zielen der Veranstalter und den Erwartungen der Teilnehmer voll gerecht. Gelobt wurden die inhaltliche Ausgestaltung der Referate und die ansprechende Präsentation. Vor allem die stark praxisrelevanten Themen stießen auf positive Resonanz. Das 4. Europa-Forum Speyer wird voraussichtlich vom 31. März bis 2. April 2003 stattfinden.

Ass. iur. Marion Weschka, Mag. rer. publ.

Erfolgreicher Verlauf der beiden Teile der 18. SpeBit

„Ohne Informationstechnologie ist Regieren und Verwalten heute nicht mehr denkbar“. Zu diesem Schluss kam Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann in seinem Eröffnungsreferat zur „SpeBit - Teil A“ vom 10. bis 13. April 2002 an der DHV Speyer. Sein Seminar für Büro- und Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung fand inzwischen schon zum 18. Mal statt. Ihm



Interessiertes Publikum zu Gast im Rathaus, wo ...

ging es weniger um technische Details. Im Mittelpunkt standen vielmehr die Gestaltung und die Bewertung des Technikeinsatzes und seiner Folgen durch die Verwaltungsführung. Daher war es auch das Ziel der Tagung aufzuzeigen, wie aktuelle Strategien der Verwaltungsentwicklung von entsprechenden Strategien der Informationssystementwicklung profitieren können.

Beispielhaft verdeutlichte dies Professor Manfred Koob von der TU Darmstadt am Bauwesen. Hier ist heute der Computer von der Planung über die Ausführung bis hin zum späteren Facilitymanagement unverzichtbares Arbeitsinstrument der Bauverwaltungen. Auf großes Interesse des Publikums stießen Koobs Ausführungen zu ‚Visualisierung durch Computersimulation‘. Diese ist inzwischen in der Lage, bereits in der Planungsphase eines



... OB Schineller im ersten Teil der Veranstaltung die Bedeutung von Informationssystemen für Kommunen erläuterte

Gebäudes bestechende Bilder seines zukünftigen Aussehens und seiner Einpassung in eine Stadt zu liefern. Computersimulation wird somit zur wichtigen Entscheidungshilfe bei Bauvorhaben.

Auf die Bedeutung leistungsfähiger Informationssysteme für Kommunen wies während eines kleinen Empfangs

der Speyerer Oberbürgermeister Werner Schineller hin und erläuterte vor dem Hintergrund von über 800 Jahren Stadtrats-Informationssystemen in Speyer deren Konsequenzen.

Weitere Programmpunkte waren moderne Verschlüsselungstechnologien, IT-gestützte Vorgangsbearbeitung sowie Anforderungen des Datenschutzes.

Teil B der Veranstaltung fand dann vom 18. bis 20. September 2002 statt. Nun stand die Erarbeitung und Bewertung von Zukunftsperspektiven aus den Ergebnissen des ersten Teils der Veranstaltung auf dem Programm. Im „informationstechnischen Labor“ untersuchten dazu die Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland zunächst konkrete Beispiele für „Electronic Government“ aus der ganzen Welt auf ihre Praktikabilität und ihren Erfolg hin. Vor diesem Hintergrund wurden dann „Elektronische Strategien“ und diesbezügliche Erfahrungen mit Softwareentwicklungen in Bund-Länder-Kooperationen diskutiert.



Elektronische Unterschriften wurden während des zweiten Teils der Veranstaltung problematisiert Fotos: DHV

Einen Höhepunkt von Teil B stellte eine abendliche Diskussionsrunde im historischen Altpörtel dar, bei der im Anschluss an ein Pro- und ein Kontrareferat über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Informationstechnologie diskutiert wurde.

Daneben wurden auch die Möglichkeiten des IT-Einsatzes für Personalvertretungen und Methoden der modernen Softwareentwicklung thematisiert. In engem Bezug hierzu wurden rechtliche Fragestellungen wie die Auswirkungen der elektronischen Unterschrift auf Verwaltungsverfahren und Sicherheitsüberlegungen bezüglich elektronischer Informations- und Kommunikationssysteme diskutiert.

Zwar war das Ziel der Veranstaltung eine Verbesserung der Technikfolgenbewertung durch die Verwaltungsführung. Ganz wollte die SpeBit jedoch nicht auf die praktische Vorführung technischer Neuentwicklungen verzichten. So stellte Wilfried Frankenbach in beiden Teilen der SpeBit die aktuellsten Trends in der Internettechnologie vor.

Erfahrungen aus Bosnien-Herzegowina Arbeitsgemeinschaft zur zivil-militärischen Kooperation ermöglichte 5 Speyeranern eine Wahlstation am OHR

Unter der Leitung von OTL i.G. Christian Meyer und Dr. Marcus Jurij Vogt vom „Office of the High Representative“ (OHR) fand im Wintersemester 2001/2002 an der DHV Speyer eine Projekt-Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Zivil-militärische Kooperation bei Wiederaufbau und humanitärer Hilfe“ statt. In ihr wurde die Idee geboren, fünf „Speyeraner“ im Rahmen ihrer Wahlstationen in Bosnien-Herzegowina beim OHR in Sarajewo, Tuzla und Livno einzusetzen. Für uns haben die fünf ihre Erfahrungen zusammengefasst. Dazu einige Bemerkungen aus Sicht des „Office of the High Representative“ (OHR).

Sarajewo

Die Zentrale des OHR liegt in Sarajewo am Rande der Altstadt. Das siebenstöckige, moderne und von einer hohen Mauer eingegrenzte Gebäude kann man nur nach umfangreichen Sicherheitskontrollen betreten. Sarajewo selbst hat sich von den Folgen des Krieges inzwischen wieder gut erholt: Zwar zeigen viele Häuser einschließlich des Parlamentshochhauses noch erhebliche Kriegsschäden. Genauso deutlich erkennbar ist aber die um sich greifende Bautätigkeit in der Stadt. Es gibt wieder zahlreiche Geschäfte, Cafés und Bars. Abends flanieren Tausende durch die Altstadt. Die Lebenshaltungskosten sind mit den deutschen vergleichbar, da die meisten Konsumgüter noch immer aus dem Ausland importiert werden müssen. Die Sicherheitslage im Land ist oberflächlich ruhig, die persönliche Bewegungsfreiheit in der freien Natur ist jedoch wegen zahlreicher Minen im Land eingeschränkt. Wenn man die Gegend nicht genau kennt, sollte man jedenfalls lieber auf befestigten Wegen bleiben. In der Zentrale des OHR in Sarajewo waren Petra Baier und Christof Wachter von März bis Juli/August 2002 eingesetzt.



Petra Baier: OHR Sarajewo, Return and Reconstruction Task Force (RRTF)

Die RRTF wurde 1997 gegründet, um die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie den damit verbundenen Wiederaufbau im Land gezielter und effizienter zu gestalten, als dies zwischen dem Ende des Krieges 1995 und 1997 geschehen war. Die Umsetzung dieser

Aufgaben obliegt den 13 RRTF-Feldbüros, die von einem Zentralen Sekretariat in Sarajewo gesteuert werden. Die Ausführung der RRTF-Maßnahmen erfolgt in besonders enger Zusammenarbeit mit UNHCR und OSZE.

Im Vorfeld der Rückstiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen sind häufig die Wohn- und Eigentumsrechte zu klären, wenn der Haus- oder Wohnungsbesitz während des Krieges in fremde Hände gefallen oder zwischenzeitlich Eigentum rechtswidrig übertragen worden ist.

Vordringlich wurden teilweise oder völlig zerstörte Wohnungen und Häuser mit Mitteln nationaler oder internationaler Hilfsorganisationen wiederaufgebaut und mit einer Grundausstattung ausgerüstet (Küche, Bad, 1 Wohn- und Schlafzimmer).

Parallel unterstützt die RRTF in Zusammenarbeit mit SFOR die Rückkehr geflohener oder vertriebener Familien. SFOR gewährleistet die Sicherheit der Operationen. - Insbesondere bei der Rückkehr von Flüchtlingen/Vertriebenen aus Minderheiten kommt es leicht zu Spannungen mit den bereits anwesenden Gemeindebewohnern: Im Krieg erkämpfte Nutzungsmöglichkeiten an fremdem Eigentum können beeinträchtigt werden. Kompetentere Konkurrenz wie

Das OHR

Der Hohe Repräsentant (HR) hat die Aufgabe, zusammen mit seinem Büro (OHR) Bosnien-Herzegowina bei der Umsetzung des Friedensabkommens zu assistieren. Sein Mandat beruht auf Artikel 2, Annex 10 des Friedensabkommens von Dayton und umfasst die Überwachung der Implementierung des Abkommens; die Kontaktpflege zu den Vertragsparteien zur Sicherung von deren Vertragskontinuität; die Koordinierung der Aktivitäten ziviler Organisationen; die Teilnahme an internationalen Konferenzen, die regelmäßige Berichterstattung und die Leitung der UN International Police Task Force. Der HR verfügt dazu über umfangreiche rechtliche Befugnisse und stellt die höchste Entscheidungsinstanz in Streitfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Dayton-Abkommens dar. Das OHR ist untergliedert in verschiedene administrative Zuständigkeiten, denen politische und wirtschaftliche Angelegenheiten, Verwaltung, Flüchtlings- und Menschenrechtsfragen, militärische Fragen sowie die Bekämpfung von Verbrechen und Korruption obliegen. Seit dem 22. Mai 2002 übt der Brite Paddy Ashdown die Funktion des HR aus.

wenigen Arbeitsplätze wird gefürchtet. Das schlechte Gewissen wegen allfällig begangener Verbrechen wird neuen Reizen ausgesetzt.

Um die Lebensumstände für Flüchtlinge und Vertriebene nach ihrer Rückkehr zu sichern, gab es aufgrund teilweiser systematischer Benachteiligung der öffentlichen Hände von Anfang an Integrationsprojekte im sozio-ökonomischen Bereich.

Meine Aufgaben lagen hauptsächlich im letztgenannten Bereich. So hatte ich zum Beispiel einen Leitfaden für Arbeitgeber zu erstellen, der die faire und gleiche Behandlung von Arbeitnehmern zum Gegenstand hat.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Untersuchung der rechtlichen und tatsächlichen Probleme, denen die Rückkehrer bei dem Versuch, Zugang zu Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – etwa Strom und Gas – zu erhalten, begegnen.

Ferner oblag mir die Prüfung von Projekten auf Förderungswürdigkeit. Dabei reichen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen Projektvorschläge ein. Das OHR drückt seine Unterstützung in Form von Empfehlungsschreiben aus. Diese Schreiben haben keine unmittelbare gestaltende rechtliche Wirkung, sind aber in vielen Fällen eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Donatoren Projektmittel an die betreffende Organisation vergeben. Außerdem erstellte ich zu administrativen Zwecken einen umfassenden Bericht über den Status der Flüchtlingsrückkehrer in Bosnien-Herzegowina unter besonderer Berücksichtigung der Verwirklichung von Eigentumsrechten und der Minderheitenrückkehr. In den Bericht floss auch die Zahl wieder errichteter Wohnheiten, die aktuelle ethnische Zusammensetzung der Gemeinden und Informationen über die Nachhaltigkeit bislang durchgeführter Projekte ein.

Christof Wachter: OHR Sarajevo, Military Cell

Innerhalb des OHR war ich in der „Military Cell“ eingesetzt, die den Hohen Repräsentanten in allen militärischen Fragen berät. Die Lage im Verteidigungssektor ist dadurch gekennzeichnet, dass

die Republika Srpska und die aus kroatischen und bosnischen Anteilen bestehende Föderation laut Verfassung eigene Streitkräfte unterhalten dürfen. Eine prinzipielle Schwierigkeit besteht darin, dass die Verfassung für Bosnien-Herzegowina nur unzureichend regelt, ob das Oberkommando über die Streitkräfte eher auf Staatsebene oder eher bei den Entitäten Republika Srpska und Föderation anzusiedeln ist.

Diese Fragen sind nicht lediglich theoretischer Natur: Die Aufnahme in das „Partnership for Peace“-Programm der NATO hängt beispielsweise entscheidend davon ab, dass die verantwortlichen Politiker auf Staatsebene sowohl eine demokratische Kontrolle als auch ein einheitliches Oberkommando über die Streitkräfte installieren.

Vor diesem Hintergrund sind die – allerdings zauderhaften – Versuche der Präsidentschaft zu sehen, das ihr verfassungsrechtlich nachgeordnete „Standing Committee on Military Matters“ (SCMM) umzustrukturieren. Dabei galt es, dem verfassungsrechtlichen Mandat dieser Institution, die Streitkräfte zu koordinieren, Geltung zu verschaffen. Gegen diese Versuche erhob sich in den letzten Monaten zäher Widerstand, insbesondere der Nationalversammlung und des Obersten Verteidigungsrates der Republika Srpska. Dieser demonstrierte, wie wenig Bereitschaft auf Seiten der Entitäten besteht, den Gesamtstaat in dieser elementaren Frage voranzubringen.

Die wichtigsten Fragen, mit denen ich während meiner Wahlstation beschäftigt war, drehten sich folglich auch um die genannten aktuellen Streitpunkte: Zum einen hatte ich die beabsichtigte Umstrukturierung des SCMM auf Verfassungsmäßigkeit zu untersuchen, zum anderen den hiergegen vorgetragenen Einwänden der Republika Srpska mit rechtlichen Argumenten zu entgegnen.

Weitere Aufträge bestanden darin, die Verteidigungsgesetze der beiden Entitäten auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen und festzustellen, welche rechtlichen Spielräume diese für die Entwicklung einer Wehrverfassung für den Gesamtstaat lassen.

Die „Military Cell“ ist auch mit Aufgaben aus der zivilen Luftfahrt betraut. In diesem Kompetenzbereich war ein bilaterales Modellabkommen über die zivile Nutzung des Flughafens Sarajevo zu entwerfen.

Fragen zu kleineren juristischen Problemen und Problemchen fielen im Alltag immer wieder an. Das Vertrauen der Soldaten zu meiner Beratung war eine besonders positive Erfahrung innerhalb der Abteilung.

Tuzla

Das OHR-Feldbüro in Tuzla beschäftigt ungefähr 20 Mitarbeiter, deren Zahl allerdings im Rahmen der beabsichtigten Umwandlung des Feldbüros in ein Regionalbüro aufgestockt werden soll. Tuzla (ca. 170.000 Einwohner) blieb während des Krieges vom unmittelbaren Häuserkampf verschont, kriegsbedingte Zerstörungen sind kaum noch zu sehen. Auch die Spannungen zwischen den Volksgruppen sind hier relativ ge-



ring, gegenseitige Vertreibungen sind nicht erfolgt. Tuzla hat dafür ein besonderes Problem – es versinkt. Unter der Stadt wurde Salz abgebaut. Auch die Flüsse Jala und Solina tragen vermutlich dazu bei, dass sich der Boden absenkt und Gebäude auf diese Weise unbewohnbar werden.

Das Büro in Tuzla gleicht im Gegensatz zur Zentrale in Sarajevo nicht einer Festung, sondern liegt versteckt in der Fußgängerzone über einem Café, was gemütliche Mittagspausen ermöglicht. Nun ist im Zuge internationaler Sparzwänge und aus dem Willen zu möglichst hoher ‚Co-location‘ ein Umzug in das Gebäude der OSZE geplant.

Von den bosnisch-herzegowinischen Mitarbeitern wurden wir sehr freundlich aufgenommen und die Zusammenarbeit mit ihnen und Unterstützung durch sie ist gut.

Einmal pro Woche findet ein Treffen der Leiter der verschiedenen Internationalen Vertretungen (OSZE, UNMIBH, UNHCR, SFOR) statt. Dort kann man aus den Erfahrungen der anderen Organisationen lernen und von den sich ergebenden Kontakten profitieren. In Tuzla waren von Mai/Juni bis August/September 2002 zwei Referendare eingesetzt.



Anna von Heimendahl: Independent Judicial Commission (IJC)

Die IJC wurde durch eine Entscheidung des Hohen Repräsentanten vom 14.03.2001 ins Leben gerufen. Sie besitzt umfassende Kompetenzen bei Kontrolle

und Leitung der Legislative.

Die Rechtspflege von Bosnien-Herzegowina befindet sich in einem desolaten Zustand. Zur Illustration: Bosnien-Herzegowina hat doppelt so viele Richter pro Kopf der Bevölkerung wie Deutschland, das seinerseits schon über mehr Richter verfügt als jedes andere Land in Europa. Dennoch bearbeitet jeder deutsche Richter im Schnitt viermal so viele Fälle wie ein bosnisch-herzegowinischer Amtsinhaber.

Der IJC kommt damit für den Aufbau funktionsfähiger Strukturen für das Land sowohl in wirtschaftlicher wie in sozialer Hinsicht – mit Blick auf Gerechtigkeit, Tempo und Qualität juristischer Entscheidungsfindungen und Rechtssicherheit – eine strategische Rolle zu.

Das IJC-Feldbüro in Tuzla, geleitet von einem amerikanischen Juristen, beschäftigt sich zurzeit mit der Überprüfung der Richter und Staatsanwälte im gesamten Nordosten Bosnien-Herzegowinas. Personen, die sich beispielsweise der Korruption oder der

Rechtsbeugung strafbar gemacht haben, werden von ihren Positionen entfernt. Nach einer Einarbeitungsphase bin ich mit der Überprüfung konkreter Amtshandlungen von Richtern und Staatsanwälten in der Region Tuzla beschäftigt.



Rainer Schorsch: OHR Tuzla, Return and Reconstruction Task Force

Als Rechtsberater wurde ich in den Arbeitsablauf voll eingebunden, was Arbeitszeiten von bis zu 10 Stunden täglich bedeuten konnte.

Ein Teil meiner Beschäftigung bestand in der Klärung der rechtlichen Voraussetzungen für die Rückübertragung von Wohnrechten, Immobilien und Land, um den Flüchtlingen auf diese Weise eine Rückkehr an ihren früheren Wohnort zu ermöglichen.

Der zeitraubendste Teil der Arbeit bestand aber darin, andere in der Region um Tuzla eingesetzte RRTF-Feldbüros und internationale Organisationen bei ihrer Arbeit mit lokalen Behörden zu unterstützen, sowie allein als auch gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen direkt mit lokalen Behörden zu verhandeln.

Auch wenn das OHR über erhebliche Macht verfügt, ist es auf die Mitwirkung der Behörden von Föderation und Republika Srpska angewiesen, um die gesetzten Ziele umsetzen und für die Menschen im Land so tatsächlich etwas erreichen zu können.

Als Rechtsberater hatte ich außerdem alle Fragen mit menschenrechtlichem Einschlag aufzugreifen, die sich mir bei der täglichen Arbeit stellten. Hauptarbeitsgebiet innerhalb der RRTF sind dabei Eigentums- und Besitzfragen. Vermehrt sind auch Verbrechen im Zusammenhang mit Menschenhandel und Prostitution aufgetreten. Diese machten verstärkt eine Zusammenarbeit mit der internationalen Polizeisondereinheit der Vereinten Nationen [PTF – ab 2003 als European Police Mission (EUPM) von der Europäischen Union geführt] erforderlich.

Typische Probleme ergaben sich im Zusammenhang mit Entschädigungen für Beeinträchtigungen von Eigentums- und Nutzungsrechten: Diese können zum einen im Falle öffentlicher Enteignungen gewährt werden. Zum anderen können Entschädigungen gezahlt werden, wenn Einwohner von Tuzla ihre Wohnungen zunächst wegen des Absinkens der Stadt verloren haben, nun aber auch den wahren Eigentümern oder Nutzungsberechtigten der von ihnen genutzten Wohnungen weichen müssen.

Livno

Livno liegt im Kanton 10 auf dem Gebiet der bosnisch und bosnisch-kroatisch regierten Föderation etwa 200 km westlich von Sarajevo. Bei freundlichen Verkehrsverhältnissen dauert die Reise für einen guten Fahrer etwa drei Stunden.

Livno hat etwa 10.000 Einwohner. Rechnet man die etwa 40 kleinen umliegenden Dörfer hinzu, so kommt man auf insgesamt gut 40.000 Einwohner.

Der derzeit überwiegend kroatisch besiedelte Kanton erstreckt sich von der Umgebung des ca. 100 km nördlich von Livno gelegenen Drvar über Glamoc, Kupres und Mrkodol und grenzt im Westen an Kroatien. Klimatisch ist diese landschaftlich reizvolle und vom Kriegsverlauf stellenweise stark gezeichnete Gegend für einen Norddeutschen durchaus gewöhnungsbedürftig. Temperaturen unter 20 Grad sind ab Juni bereits in den frühen Morgenstunden eher die Ausnahme. Ebenso warmherzig durch die Bevölkerung wird hier allerdings Deutschen allgemein begegnet. Viele der Einwohner haben jahrelang in Deutschland gearbeitet und sprechen größtenteils deutsch.



Thilo Nebelung: OHR Livno, Return and Reconstruction Task Force

Die RRTF unterteilt sich örtlich nach der Zentrale in Sarajevo in Regional- und Lokalbüros, diese wieder in Feldbüros. Eines der letzteren befindet sich in Livno.

Der derzeitige Hohe Repräsentant hat „Rule of Law“ zur obersten Priorität ernannt. In diesem Sinne sind richtungweisende Entscheidungen oder vermittelnde Beratung durch das OHR, auf niedrigerer Ebene auch direkt durch die RRTF, gefordert, die allen beteiligten Interessengruppen eine akzeptable Lösung ermöglicht.

Mit seinen Gestaltungsmöglichkeiten trifft das OHR ein besonders hohes Maß an Verantwortung. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des OHR hängt entscheidend davon ab, dass dessen Aussagen eine klare Linie im Hinblick auf den Aufbau des Rechtsstaates erkennen lassen.

Die Personalstärke eines Local-RRTF mit in der Regel einem Officer, einem Assistenten und ein bis zwei unterstützenden Mitarbeitern ist extrem eng geschnitten: Vielfältiger Aufgabenbereich wie die Tiefe der ausfüllenden Aufgabendichte fordern ein kleines Team erheblich. Das Spektrum reicht von beratenden

Verhandlungen mit der örtlichen Verwaltung und der kantonalen Regierung, über gutachterliche Tätigkeit, insbesondere im immobilienrechtlichen Bereich, bis hin zu Schlichtungen von scheinbaren und tatsächlichen Interessenskonflikten zwischen lokalen Gruppen und anderen internationalen Organisationen. Auch eindringliche Aufforderungen an die Bevölkerung im Rahmen lokaler Radiosendungen, demokratische Rechte wahrzunehmen und sich an den kommenden Wahlen zu beteiligen, gehören im Rahmen des politischen Unterstützungsauftrages des OHR am Rande dazu.

Als Rechtsreferendar fühlt man sich auf der Ebene eines LocalRRTF nicht nur nicht überflüssig oder gar im Wege, sondern genießt im Falle „menschlichen Ankommens“ schnell den Rang eines Honoratioren. Eine Stelle für einen Legal Officer ist in den Feldbüros nicht standardmäßig vorgesehen. Entsprechend zieht man Fälle wie das Licht die Schnaken an, die der Kombination von juristischem und gesundem Menschenverstand bedürfen.

Die naheliegende praktische Lösung ist dabei nicht immer identisch mit der strikten rechtlichen Lösung. Das eröffnet häufig den Blick auf Spielräume für die Gestaltung der Sachverhalte.

Schwerpunktaufgabe der Feldbüros besteht darin, auf die Bevölkerung überzeugend pädagogisch mit eigenem Beispiel durch Argumentations- und Konfliktverhalten einzuwirken. Es geht darum, Verständnis dafür zu fördern, dass die gemeinsame Wahrnehmung und Übung der Grundsätze eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates auch für dieses Land die Grundlage für Frieden und Wohlstand bildet.

Wieviel Zeit diese Aufgabe erfordert, ist eine spekulative Frage. Die Antwort hängt wesentlich von der durchaus nicht einheitlich ausgeprägten Lernbereitschaft derjenigen ab, die anschließend dauerhaft mit diesen Werten umgehen sollen. Denn es ist, wenn gleich wohl für die Mehrheit der Bevölkerung, nicht für jeden der starke Einfluss der internationalen Gemeinschaft im Lande willkommen. Es gilt also, möglichst großen Teilen der Bevölkerung die Idee des gemeinsamen Zieles nahezubringen. Geduld ist dazu eine Kardinaltugend, sollte der Prozess auch – historisch realistischen Prognosen folgend – eine ganze Generation dauern.

Resümee für das Referendariat: Eine abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit mit hohem Erfahrungswert und der Möglichkeit, den eigenen Pioniergeist zu entdecken.

Gesichtspunkte aus der Perspektive der ausbildenden Stelle

Für das OHR handelt es sich bei Nutzung der Personalbeistellung aus den Bereichen der Justizministerien der Länder um willkommene Hilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben. Insbesondere die variable Verfügbarkeit der Referendare nach mitgeteilten Interessen für die berufliche Ausrichtung verspricht den Abteilungen des Hauses Zuführung motivierter Ressourcen.

Die Kosten sind verhältnismäßig gering: Bereitstellung von Arbeitsmaterial und -räumen sowie von Zeit, um die neu eingetroffenen Kollegen mit ihrem Kurzfristorizont in laufende Operationen und Projekte zu integrieren. Bei Führungs- bzw. Eingliederungsfähigkeit sind diese Aufgaben individuell zu erbringen.

In einem internationalen Arbeitsumfeld in einer sich verhältnismäßig unbürokratisch wandelnden Organisation erfordert dies von den Referendaren nicht zuletzt den Pfiff, sich einen eigenen Kompetenzbereich zu schaffen. Diese Fähigkeit ist außerhalb etablierter Geschäftsordnungen eine für Berufseinsteiger entscheidende Tugend für die Umsetzung studierten Wissens in eine gute Praxis. Der Einzelne schlägt sich in dieser Herausforderung individuell.

Die entsprechende Integrationsleistung ist von den ersten fünf Rechtsreferendaren gut erfüllt worden. Die Tür für weitere Interessenten an einer Station beim OHR steht weiter offen. Letztlich liegt viel an der Qualität der Kommunikation vom Ausbilder zum Auszubildenden und zwischen ihnen, wie die Durchführung von Aufträgen gelingt.

Insgesamt ist bei den deutschen Justizausbildungsordnungen davon auszugehen, dass sie internationalen Qualitätsansprüchen in hoher Weise entspricht. Die Folge von Studium und vielfältigen praktischen Stationen eröffnet Horizonte. Die Erfahrung der Bandbreite typischer juristischer Rollen wie Richter, Strafverfolger, Verwalter, Justiziar oder die Eröffnung verwaltungswissenschaftlicher Horizonte sind prägend. Eine Bandbreite von mit der Verantwortungsübernahme verbundener (Selbst)Erkenntnisprozesse verschafft eine Reife, die das formal relativ hohe Berufseintrittsalter deutscher Juristen relativiert. Vergleichbares Wissen fehlt anderen trotz ihrer zum Teil imponierenden Auslandserfahrungen in der Regel. Erfahrung mit funktionierenden Strukturen und die Durchdringung ihrer historischen Erfolgsvorausset-

zungen ist nur ein Teil der Kunst. Die lediglich bedingte Übertragbarkeit von Ordnungsvorstellungen aus einem Land in andere ein weiterer. Die Wurzeln wahren Könnens liegen im Hören und dem Blicken auf das in gegebener Zeit Machbare.

Der gute Jurist ist ein ‚Hörer‘ – wie es die Speyrer Begrifflichkeit glücklich nahelegt. Die Vorbereitung der Referendare an der Hochschule und die Darstellbarkeit des Projektes unter dem Markennamen ‚Speyer‘ innerhalb des OHR waren Voraussetzung für die vertrauensvolle Annahme des Unterstützungsangebotes. Man sollte durchaus die diplomatische Seite der Medaille erkennen: Das ‚Speyerprojekt‘ stärkt auch die Repräsentanz eines Landes in einer internationalen Organisation. Möglichkeiten des Networkings werden damit eröffnet. Insofern ist es in einem aufmerksam beäugten Sektor ein Zeichen von Vertrauen, dass eine Häufung bestimmter ausgebildeten Personals, trotz ‚Preisgünstigkeit‘ überhaupt zugelassen wird.



Symbol für Krieg und Wiederaufbau: Die zerstörte „Alte Brücke“ von Mostar Foto: OHR

Das Vertrauen in die Mischung aus juristischer Stationsausbildung plus verwaltungswissenschaftlichem Studium an der DHV erweist sich als gerechtfertigt. Juristisches Können bereichert und verfeinert durch Begriffs- und Fachkenntnisse aus anderen Wissenschaften, die sich mit dem Phänomen Verwaltung auseinandersetzen, verschont vor Spezialistentum. Beschäftigung mit fachübergreifenden Disziplinen

erzieht erkennbar zu Integrationskönnen für Aufgaben im In- und Ausland.

Die Integration der Rechtsreferendare in den OHR ist ein erfolgreiches CIMIC-Projekt zur behutsamen Stärkung außenpolitisch relevanter Präsenz.

Angesichts wachsender Internationalität der Verwaltungen sowie Perforierungen des Souveränitätsbegriffs in der Praxis erscheint es im wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten, die Juristenausbildung in Deutschland offenzuhalten für verwaltungswissenschaftliche Ergänzung.

Dies gerade mit klarem Blick auf die gewachsene Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für eine sanfte Mitgestaltung der Welt von morgen.

C. Wachter/ M.J. Vogt

Deutsch-chinesischer rechtsstaatlicher Dialog

Aufenthalt einer Beamtin des nationalen Volkskongresses der VR China an der DHV Speyer.

Im Rahmen der Kanzlerinitiative „Deutsch-chinesischer rechtsstaatlicher Dialog“ informierte sich in den zurückliegenden beiden Semestern eine Beamtin der Arbeitskommission für Gesetzgebung des Ständigen Ausschusses (LAC) des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China an der DHV Speyer.



Hongmei Jia von der Legislative Affairs Commission (LAC) des nationalen Volkskongresses

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Hochschule im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit bei der Reform des chinesischen Rechtssystems Flagge gezeigt. Vor dem Hintergrund der gerade laufenden Rechtsreformen in der VR China hatte die DHV Speyer damals leitenden Mitarbeitern der LAC die Gelegenheit geboten, auf einem einwöchigen Symposium das Verwaltungsvollstreckungs- und -verfahrensrecht verschiedener europäischer Staaten kennen zu lernen. Nachdem in China dann die Entscheidung zu Gunsten einer Adaptierung des deutschen Rechtsmodells gefallen war, entsandte die zuständige Stelle in Peking in Zusammenarbeit mit der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) Frau Hongmei Jia an die Hochschule, um dort die Feinheiten des deutschen Verwaltungsverfahrens- und

-vollstreckungsrechts in Theorie und Praxis zu studieren.

Ziel war es, Frau Jia in einem Jahr so viel Kenntnisse zu vermitteln, dass sie entscheidend bei der Ausarbeitung und Formulierung der chinesischen Gesetzestexte durch die Staats- und Verwaltungsrechtsabteilung der LAC mitarbeiten kann.

Um Frau Jia einen möglichst umfassenden Eindruck von diesem Rechtsbereich zu verschaffen, wurde für sie von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, ihrem Betreuer an der DHV Speyer, eigens ein Studienprogramm ausgearbeitet.

Das Weiterbildungsprogramm umfasste praktische und wissenschaftliche Teile

und erstreckte sich über ein Jahr. In den beiden Praktika bei der Stadtverwaltung Speyer und bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt lernte Frau Jia das deutsche Verwaltungsrecht von der Anwendungsseite her bei einer Kommune und bei einer Landesbehörde kennen.

Von den verschiedenen Praktikumsstationen, die sie in den Abteilungen für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, für Straßenverkehr, für Bürgerdienst und in der Rechtsabteilung absolvierte, beeindruckten Frau Jia insbesondere ein Einsatz zusammen mit der Speyerer Polizei und die umfassenden Serviceleistungen der deut-

schen Verwaltungen für die Bürger.

In ihren beiden Studiensemestern an der Hochschule besuchte Frau Jia ausgewählte Lehrveranstaltungen, unter anderem bei den Univ.-Professoren Dres. Hill, Pitschas und Ziekow. Außer dem Verwaltungsverfahren- und -vollstreckungsrecht galt ihr Interesse dabei dem neuen Steuerungsmodell, den vergleichenden Verwaltungswissenschaften und dem Verwaltungsprozessrecht.

Die Lehrveranstaltungen beurteilt Frau Jia äußerst positiv: „Sie haben mir nicht nur eine Chance gegeben, gewinnbringend die deutsche Lehrmethode zu erleben, sondern sie waren auch eine Gelegenheit, Meinungen über China mit anderen Hörern auszutauschen.“ Dennoch war Frau Jia dann im Au-



Glückliche Gesichter bei der Übergabe des Abschlusszeugnisses: Prorektor Hill, Frau Jia, Rektor Fisch (v. l.)
Fotos: DHV

gust nicht nur über den hervorragenden Verlauf ihres Speyer-Jahres und ihr Abschlusszeugnis glücklich. Besonders freute sie sich darauf, nach einem Jahr der Trennung, in Peking ihr zweijähriges Töchterchen und ihren Mann wieder in die Arme nehmen zu dürfen.

Informationsbesuch vom Shandong Political Research Institute



Die SPRI-Delegation beim Rundgang über den Campus der DHV Speyer

Foto: DHV

Am 29. Juli 2002 besuchte eine neunköpfige Delegation des Shandong Political Research Institute (SPRI) die Hochschule. Unter der Leitung des Präsidenten des Instituts, Professor Li Xintai, waren die Chinesen aus der Stadt Jinan eigens nach Deutschland gekommen, um die DHV Speyer kennen zu lernen.

Das 1938 gegründete SPRI ist das Verwaltungswissenschaftliche Kompetenzzentrum Sonderwirtschaftszone Shandong. Die 220 Wissenschaftler des SPRI bilden höhere Beamte und Wirtschaftsmanager der höheren Entscheidungsebenen aus. Seine 27 Lehr- und Forschungseinheiten ähneln in ihrer interdisziplinären Orientierung den Strukturen der DHV Speyer und ha-

ben außer rechtswissenschaftlichen auch philosophische, literaturwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Ausrichtung. Pro Jahr können 1500 Studierende von 36 Professoren und 65 Associate-Professoren ausgebildet werden.

Nach kurzen Vorstellungen des Instituts und der DHV Speyer diskutierten die Gäste mit dem Rektor, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Dr. Egon Riffel, Dr. Klauspeter Strohm und Dr. Thorsten Siegel vom FÖV über Möglichkeiten einer künftigen Kooperation. Insbesondere zeigten sie sich interessiert an einer Entsendung von Gastwissenschaftlern sowie am Aufbau einer hochschuldidaktischen Zusammenarbeit.

Aufbauhilfe für das bulgarische Institute for Public Administration and European Integration

Am 16. Juli 2002 konnte der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, eine hochrangige Delegation unter der Leitung von Snezhana Dimitrova Miliikina vom Direktorat für Staatsverwaltung des bulgarischen Ministerrats an der Hochschule begrüßen. In einem viertägigen Kleinsymposium informierten sich die Gäste, die allesamt leitende Funktionen in den zentralen Ausbildungsabteilungen der bulgarischen Ministerien innehaben, bei den Univ.-Professoren Dres. König, Klages und Magiera sowie bei Dr. Jörn von Lucke, Frau Saatweber und Herrn Liebig nicht nur über die neu-

esten verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen und Entwicklungen. Ihr großes Interesse galt insbesondere auch didaktischen Fragestellungen. Das Programm wurde abgerundet durch Informationsbesuche bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt,

bei den Stadtwerken Speyer und im Bürgerbüro der Stadt Speyer. Der Besuch diente dem Aufbau des „Institute for Public Administration and European Integration“ in Bulgarien.



Interessante Ausführungen im Speyerer Bürgerbüro

Foto: DHV

Kick am Karrierestart

Erfolgreicher Verlauf der Orientierungsphase II

Mehr als zufrieden zeigten sich sowohl die 20 vertretenen Arbeitgeber als auch die etwa 400



Wieder viel Andrang beim Stand des BMI

Besucher der Jobmesse „Orientierungsphase II“, die vom Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer wieder in der vorletzten Semesterwoche organisiert worden war. Erneut nutzten verschiedene Behörden und Ministerien, Anwaltskanzleien und Versicherungen die Gelegenheit, um Absolventinnen und Absolventen der DHV Speyer als Mitarbeiter zu rekrutieren. Wieder waren nicht nur die Hörerinnen und Hörer der Hochschule zu der Messe gekommen, sondern einige Besucher waren auch aus größerer Entfernung



Ein Alt-Speyeraner beim Rekrutieren von Neu-Speyeranern; Dr. Uwer (l.) im Gespräch Fotos: DHV

angereist, um hier den entscheidenden Kick für ihre Karriere zu bekommen.

Der für die Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer eigens aus London angereiste Dr. Dirk Uwer, selbst ehemaliger Hörer der DHV Speyer, hob die Bedeutung der Orientierungsphase II hervor und betonte, dass er hier in den vergangenen Jahren schon mehrere neue Mitarbeiter gewinnen konnte. Auch im nächsten Semester möchte er wieder persönlich dabei sein. Stefan Müller vom Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg erklärte, dass nur wenige Veranstaltungen in der Bundesrepublik Arbeitgebern einen so reichen Pool ausgezeichneten Juristen auf Stellensuche eröffnen würden. Dem entsprechend strengten sich die Personalfachleute an ihren Messeständen auch an, die Aufmerksamkeit der Messebesucher zu gewinnen. Dies geschah außer durch multimedia-unterstützte Kurzpräsentationen im Audimax der Hochschule vor allem durch unzählige Einzelgespräche an den professionell und teilweise völlig neu gestalteten Messeständen. Vor allem interessierten die Bewerber die Einstellungsbedingungen, so Regierungsdirektor Hans-Leo Dirks vom Bundesinnenministerium, das gemeinsam mit dem Bundesverwaltungsamt vertreten war. Neben Examensnote sind dies vor allem Fremdsprachenkenntnisse und soziale sowie fachliche Schlüsselkompetenzen. Gerade hier liegt laut Dirks der besondere Wert der Speyerer Ausbildung. Abteilungsdirektor Jürgen Kentenich teilt diese positive Bewertung der Speyerer Qualifikation. Er suchte für die Oberfinanzdirektion Koblenz nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und achtete dabei besonders auf Kenntnisse, die für eine Tätigkeit im Bereich des Finanzministeriums notwendig sind.



Premiere für den neuen Stand: Lovells

Als die Jobmesse gegen 19 Uhr ihre Pforten schloss, waren sich nicht nur alle Besucher, sondern auch alle beteiligten Arbeitgebervertreter über den Erfolg der diessemestrigen Orientierungsphase II einig. Viele von ihnen sagten bereits jetzt zu, sich im Januar 2003 erneut in der Domstadt präsentieren zu wollen.

Geliebt – Gehasst – Gemeuchelt

Grandioser Erfolg der Theatergruppe der Hörschaft



Puk, ein Liebling des Publikums

Lange war geprobt worden und viele Vorbereitungen mussten getroffen werden. Aber dann hieß es am Abend des 23. Juli 2002 „Vorhang auf“ in der völlig ausverkauften Aula. Unter dem Motto „Geliebt, gehasst, gemeuchelt“ hatte die

Theatergruppe der Hörschaft ein gut durchgemischtes Potpourri aus Szenen verschiedenster Theaterstücke angerichtet. Sie nahm dabei nicht nur Anleihen

konnten Führung eines Conférenciers, der geschickt in die einzelnen Szenen einführte, ließ sich das Publikum verzaubern von den Brettern, die die Welt bedeuten. Den fulminanten, wenn auch blutrünstigen Höhepunkt des Abends stellte die Inszenierung der Überwältigung und Ermordung Hagens und Gunthers frei nach dem Nibelungenlied dar.

Die beeindruckende Vorstellung mit professioneller Bühnen-, Ton- und Beleuchtungstechnik, überzeugender Maske und farbenfrohen Kostümen wurde von den Zuschauern mit Standing Ovationen belohnt, für die sich die Theatergruppe dann ihrerseits bei der anschließenden Premierenparty in einer Gaststätte in der Speyerer Innenstadt mit weiteren Überraschungen bedankte. Schade nur, dass die Premiere gleichzeitig auch die Abschiedsvorstellung war.



Die schauspielerische Leistung war in allen Szenen ...

bei Autoren wie Euripides (Hippolytos), Shakespeare (Othello, Ein Mitsommer-



... durchweg beeindruckend ...

nachtstraum, Schiller (Maria Stuart) und Tennessee Williams (Die Katze auf dem heißen Blechdach), sondern wagte sich nach der Pause auch an Kinoklassiker wie Sergio Leones „Spiel mir das Lied vom Tod“ oder Hitchcocks „Psycho“. Unter der ge-



Der der kühl-professionelle Conférencier



... und wurde vom Publikum mit mehr als 10 Vorhängen belohnt.

Fotos: DHV



1001 Nacht Abschlussball des Sommersemesters 2002



Gemütliche Sektbar im Innenhof

In einen orientalischen Märchenpalast hatten die Hörerinnen und Hörer die Hochschule am Abend des 19. Juli 2002 verwandelt.

Mit viel Mühe und in liebevoller Kleinarbeit hatten sie mit hunderten von Luftballons und Schwimmkerzen sowie mit unzähligen Metern an Dekorationsstoffen das passende Umfeld für den glanzvollen Abschluss des Sommersemesters geschaffen.

So gestaltete sich der Sommerball, zu dem Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Hochschule gemeinsam mit dem Speyerer Oberbürgermeister als Vorsitzender des Hochschulvereins sowie Hörersprecher Stephan Dahm eingeladen hatten, als voller Erfolg.

Gesponsert mit einem Scheck der Hochschulvereinigung sowie mit reichhaltigen Spenden der Speyerer Geschäftswelt für die Tom-



Auch kulinarisch bestens vorbereitet

bola fehlte den Organisatoren dann nur noch ein reichhaltiges Buffet, eine mitreißende Band, einige Showeinlagen der Theatergruppe der Hörerschaft sowie - getreu dem Motto des Abends - eine orientalische Bauchtanzvorführung. Aus diesen Zutaten mixten sie gekonnt eine ganze Nacht voll heißer Rhythmen und guter Unterhaltung.

Auch diesmal waren ei-



Gelungener Eröffnungstanz:
Rektor Fisch und Gemahlin



Que la fête commence ... Balleröffnung durch Hörersprecher Dahm (l.)

nige Hörerinnen und Hörer der vergangenen Semester zu dem rauschenden Fest gekommen, sodass bald überall reger Erfahrungsaustausch stattfinden konnte. Im Vordergrund stand an diesem Abend jedoch nicht die Verwaltungswissenschaft, sondern das Vergnügen bei schwungvollem Tanz, guter Musik und ausgesuchten Gaumenfreuden. Kein Wunder also, wenn der Sommerball erst in den frühen Morgenstunden sein Ende fand.



Passend zum orientalischen Motto des Abends: Bauchtanzvorführung Fotos: DHV

6:2 für die Hörer



Einsatz auf dem Spielfeld...

Einen schwarzen Nachmittag erlebte die Mannschaft der Verwaltung und Mitarbeiter der DHV Speyer am 23. Juli 2002 gegen die im Sommersemester 2002 offenbar von niemandem zu schlagen- de Auswahl der Hörerschaft. Nach 90 Spielminuten trennten sich beide Mannschaften nach einem

von beiden Seiten mit hohem Kampfgeist ausgetragenen Spiel mit vielen schönen Spielzügen mit dem Ergebnis 6:2 für die Hörer. Dennoch hatte die Mannschaft der Hochschulmitarbeiter ihr Minimalziel erreicht und war gegen ihren in diesem Semester offenbar un- bezwingbaren Gegner nicht torlos geblieben wie wenige Wochen zuvor die Auswahl der Ecole National d'Administration in Straßburg. Diese musste sich im Freundschaftsspiel um den vom Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz für den jährlich stattfindenden ENA-Cup

gestifteten Wanderpokal mit 11:0 geschlagen geben. Daher endete das Freundschaftsspiel der beiden Campus-Mannschaften auch fröhlich an der von der Hörerschaft am Spielfeldrand aufgebauten Bar.



... und Spannung am Spielfeldrand
Fotos: DHV-Archiv

Hochschule unterstützt Flutopfer in Sachsen

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unterstützte in Zusammenarbeit mit der sächsischen Firma HSL die Opfer der Flutkatastrophe in den neuen Ländern. Die bei Freiberg in Sachsen ansässige Sanitärfirma war gerade mit Sanierungsarbeiten im „alten Wohnheim“ der Hochschule beschäftigt, als die Wassermassen der Mulde, eines normalerweise nur vier Meter breiten Nebenflusses der Elbe, die 1.400 Einwohner des Orts Mulda überraschten. In den engen Tälern des Erzgebirges waren die Fluten besonders verheerend und rissen in Mulda zahlreiche Gebäude, Firmen und fünf von sieben Brücken mit sich fort. Sofort stellten Matthias Reinhardt von HSL und Claus Ableiter von der DHV Speyer Überlegungen an, wie den Menschen in Mulda geholfen werden könnte. Ergebnis war ein gemeinsames Hilfsprojekt, bei dem die Hochschule den Flutopfern zahlreiche Einrichtungsgegenstände und Großküchenausrüstung aus der alten Hochschultaberna und aus dem alten Wohnheim zur Verfügung stellte. Die Firma HSL übernahm Transport und Verteilung der Hilfsgüter aus Speyer. Geholfen werden konnte so mit Gas- herden, Dunstabzugshauben, Töpfen, Pfannen und

Küchenschränken der Muldaer Kindertagesstätte sowie zahlreichen Privathaushalten, die durch die Katastrophe alles Mobiliar verloren hatten. Bei einem Pressetermin nach erfolgreichem Abschluss des Projekts wurden die einzelnen Maßnahmen der Öffentlichkeit vorgestellt.



Hier stand eine der sieben Brücken von Mulda
Foto: Reinhardt

Ausbau des www-Serviceangebots

Nachdem bereits in den vergangenen Semestern das Weiterbildungsangebot, das kommentierte Vorlesungsverzeichnis und die Zimmerdatenbank der Hochschule mittels modernster Datenbanktechniken im Internet Nutzern auf der ganzen Welt bereitgestellt werden konnte, baut die Hochschule auch im Sommersemester ihr Internetangebot weiter aus. Komplett überarbeitet wurde der englischsprachige Webauftritt der Hochschule sowie die Auftritte einiger Lehrstühle, die inzwischen fast alle mit eigenen Homepages im Netz präsent sind. Als besonders hilfreich für die Planung der zahlreichen Aktivitäten der Hochschule

 DHV Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	Studium Weiterbildung Forschung Aktuelles Dienste Über uns	
	Wichtige Termine	Veranstaltungs- und Terminkalender
	Veranstaltungshinweise	Zum Abruf einer <i>kompletten Jahresübersicht</i> wählen Sie bitte zunächst 'Neue Suche', dann das gewünschte Jahr und schließlich 'Suche starten'. Für <i>gezielte Recherchen</i> wählen Sie bitte die gewünschten Abfrageoptionen aus und klicken auf 'Suche starten'.
	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
	Veröffentlichungen	
	Stellenangebote	Jahr: <input type="text" value="2002"/>
	Lehrstühle	Monat: <input type="text" value="September"/>
	Speyerer Qualitätswettbewerb	Stichwort: <input type="text"/>
	Impressum	(Volltextsuche im Titel und in der Beschreibung)

Arbeiterleichterung für die Hochschulverwaltung: Der neue Veranstaltungs- und Terminkalender <http://www.dhv-speyer.de/Aktuelles/suche.asp>

auf ihn zugegriffen wird, dementsprechend aus. Ebenfalls sehr nützlich ist die neue E-Mailadressen und Telefonnummerndaten-

der Hochschule, ihnen Raum für einen eigenen Web-Auftritt zur Verfügung zu stellen, zurückgreifen und für die Studierenden spezielle Angebote zu ihren Lehrveranstaltungen bereitstellen.

 DHV Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	Studium Weiterbildung Forschung Aktuelles Dienste Über uns	
	Experten	E-Mail- und Telefon-Verzeichnis
	Bibliothek	Es genügt die Eingabe des Anfangs des Nachnamens der gesuchten Person. Ebenfalls möglich ist die Suche mit Namensbestandteilen.
	Rechenzentrum	
	Europäisches Dokumentationszentrum	Name: <input type="text" value="Frankenbach"/>
	Lehrstühle	
	... des Forschungsinstituts	<input type="button" value="Suche starten"/> <input type="button" value="Neue Suche"/>
	Wegweiser	

Die Suche im Telefonverzeichnis erfolgt einfach über Eingabe des Namens <http://www.dhv-speyer.de/Dienste/email.htm>

hat sich die Implementierung eines zentralen Terminkalenders in das bestehende Internet-Angebot erwiesen. Der Kalender unterscheidet zwischen hochschulinternen und öffentlichen Terminen und weist sie, je nachdem von wo

bank, die ein schnelles Auffinden der Kontaktdaten des gesuchten Hochschulmitarbeiters oder Hochschulmitglieds ermöglicht. Erfreulich ist auch, dass immer mehr Honorarprofessoren und Lehrbeauftragte auf das Angebot

Wilfried Frankenbach	Akademischer Direktor
Dipl.-Wirtschaftsing.	
Telefon: (06232) 654-318	Gebäude: Lehrstuhlgebäude
Fax: (06232) 654-278	Raum: 106
E-Mail: frankenbach@dhv-speyer.de	WWW: http://www.dhv-speyer.de

Sehr praktisch: Das Ausgabefeld der Telefonkartei gibt Dienstbezeichnung, Telefon- und Faxnummer, Büronummer und Erreichbarkeit via Internet wieder

SpeyerJournal Nr. 1 Sommersemester 2002

Impressum

Herausgeber:

Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion:

Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer,
 Freiherr-vom-Stein-Str. 2,
 67346 Speyer;
 Tel.: 06232/654-225;
 Fax.: 06232/654-208;
 E-Mail: strohm@dhv-speyer.de

Verantwortlich:

Dr. Klauspeter Strohm

Bearbeitung: Hildegard Grißmer

Satz und Druck:

DHV Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, DHV-Archiv, Gille, Privat

Der e-Mehrwert in Lehre und Fortbildung wächst weiter

I. An der DHV wird „e-gelernt“!

Das Multimedia-Potential für eine virtualisierte Lehre und Fortbildung konnte im Sommersemester weiter ausgebaut werden. Das Lehrstuhl-Team von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill hat sich im Rahmen des Förderprogramms „Neue Medien in der Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Ziel gesetzt, einen Mehrwert durch den Einsatz neuer Medien im Bereich des Lehrens und Lernens zu schaffen (im SpeyerBrief Nr. 20, S. 13 und Nr. 22, S. 39 wurde darüber bereits ausführlich berichtet).

Neue Medien und Lerntechnologien werden heute in Hochschule und beruflicher Bildung als flankierende Ergänzung zu Präsenzveranstaltungen bis hin zu vollständigen Online-Studiengängen eingesetzt. Sie eröffnen dem gesamten Bildungsbereich neue Formen der Wissensvermittlung. Vor allem der Anspruch auf Lernformen, die eine individuelle, eigenverantwortliche und zeitunabhängige Aneignung von Wissen zum Ziel haben, kann mit den neuen Medien realisiert werden. Das Lehrkonzept am Lehrstuhl von Professor Hill bietet nun schon seit zwei Semestern computergestütztes Lernen an und forciert damit sehr effektiv die Vorzüge unterschiedlicher didaktischer Lehr- und Lernformen.

Im Seminar „Von der Modernisierung der Verwaltung zum Guten Regieren“ im Sommersemester 2002 wurden neben der elektronischen Materialbereitstellung diverser Arbeitshilfen, der Abrufmöglichkeit multimedialer Lernmedien (z.B. das CAF-Lernsystem oder PowerPoint-Video zu „Good Governance“), einem inhaltspezifischen Glossar oder den digitalen Seminarbeiträgen, unterschiedliche Lern- und Kommunikationsangebote von Hörerinnen und Hörern genutzt: So z.B. ein moderiertes virtuelles Diskussionsforum (der sogenannte „Community-Talk“) sowie die Möglichkeit zum synchronen Experten-Chat mit Sigrid Meinhold-Henschel von der Bertelsmann-Stiftung. Für die Hörerinnen und Hörer lag dabei neben dem fachlichen Austausch und Wissenszuwachs der Gewinn im aktiven Umgang mit medial vermittelter Kommunikation über den geschriebenen Text als Sprachersatz. Darüber hinaus konnten Hörerinnen und Hörer ihre Fähigkeiten im

Umgang mit Präsentationssoftware, synchronen Kommunikationsmedien oder auch Moderationstechniken trainieren (<http://www.dhv-speyer.de/hill/Sommersemester-2002/GoodGovernance.htm>).

Trotz anfänglicher Orientierungsschwierigkeiten zeigt das Ergebnis einer Umfrage, dass sich durch diese mediengestützte Seminarform nicht nur die PC- und Internet-Kenntnisse deutlich verbessert haben, sondern sich nach Abschluss des Seminars die Hörerinnen und Hörer insgesamt „e-kompetenter“ fühlten (Zitat einer Hörerin: „Das Seminar war wirklich große Klasse! Davon muss es mehr geben :-“) ... ich komme wieder, keine Frage!!“)

Für das Seminar „Kommunikation im öffentlichen Sektor“ im Wintersemester 2002/2003 ist die Fortschreibung dieses Didaktik-Konzepts geplant, wobei



die synchrone Kommunikation durch weitere Chat-Sessions und vor allem auch durch Videokonferenzen mit Experten (z. B. durch „One-to-Many“- Multicast-Kommunikation) erprobt werden soll. Zudem wird in Erwägung gezogen, mehr Video-Streaming-Komponenten in die Lehre einzubeziehen.



II. Neue elektronische Content-Produktion für Lehre und Fortbildung

Die DHV Speyer geht nicht nur in der Lehre mediendidaktisch neue Wege, sondern baut zudem das mediale Content-Portfolio weiter aus. Nach der Entwicklung des „CAF-Lernsystems“ steht am Lehrstuhl von Prof. Hill eine neue Lernsoftware-Entwicklung zum Thema „Electronic Government“ für den Einsatz in Lehre und Fortbildung auf dem Programm.

Mit dem Web-Based-Training „eGOV-Learning@Komm - Auf dem Weg zu Electronic Government“ soll eine grundlegende Einführung in E-Government, Begrifflichkeiten, Strategien und Anwendungsbeispielen gegeben werden. Ein wesentlicher Part wird die Darstellung kritischer Erfolgsfaktoren bei der Umsetzung

virtueller Rathäuser einnehmen. Mit Hilfe des webbasierten Lernprogramms sollen Hörer und Fortbildungsteilnehmer der DHV Speyer, Studierende der Kooperationspartner im BMBF-Projekt und insbesondere Kommunen im MEDIA@Komm-Städteettbewerb einen Einblick in die Grundlagen von E-Government erhalten und Szenarien kennen lernen. Das zugrunde liegende Erfolgsmodell des MEDIA@Komm-Städte Wettbewerbs „Kommunales E-Government“ wird als Ratgeber und Checkliste dienen. Im Mittelpunkt stehen also die Fragen: Was macht das erfolgreiche virtuelle Rathaus aus und welche Schritte müssen für eine erfolgreiche Implementierung gegangen werden?

Die webgestützte Anwendung wird in ein groupwaregestütztes Rahmenwerk eingebunden sein, das die

Nutzer befähigt, in einem integrierten System Wissen anzueignen und Wissen zu kommunizieren. Der E-Faktor in Lehre und Fortbildung an der DHV setzt also weiterhin auf wissensvermittelnde und wissensorganisierende Funktionen. Ziel des Projektvorhabens ist also nicht nur die Ansammlung von isolierten Lern- und Informationsinseln, sondern ein „joined-up-Learning“, d. h. ein nahtloser und vernetzter Wissenserwerb und -austausch in webbasierter Umgebung.

Nähere Hinweise zum projektierten Web-Based-Training „eGOV-Learning@Komm“ unter: http://www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/eGOV_Learning.htm.S

Stephanie Ihringer

Publikationen

Schriftenreihe

- 149 Jan Ziekow (Hrsg.), Flughafenplanung, Planfeststellungsverfahren, Anforderungen an die Planungsentscheidung. Vorträge auf den Dritten Speyerer Planungsrechtstagen und dem Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 21. bis 23. März 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2002.
- 150 Hermann Hill (Hrsg.), Staatskultur im Wandel. Beiträge der 69. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 14. bis 16. März 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2002.
- 151 Klaus König/Markus Adam/Benedikt Speer/Christian Theobald (Hrsg.), Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept, Berlin 2002.
- 152 Rainer Pitschas (Hrsg.), Integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht, Berlin 2002.

Vorträge

- 68 Bernd Rüthers, Toleranz im demokratischen Verfassungsstaat. Abendvortrag anlässlich der Eröffnung des Sommersemesters 2002 (Veröffentlichung in Vorbereitung).

Arbeitshefte

- 143 Rainer Pitschas (Hrsg.), Reformoptionen der gesetzlichen Krankenversicherung. „Quo vadis Gesundheitswesen?“ Referate und Berichte der 4. Speyerer Gesundheitstage am 15./16. April 2002, Speyer 2002.
- 144 Matthias Weller, Regulierungsagenturen der Europäischen Union: Rechtliche und integrationspolitische Gesichtspunkte, Speyer 2002.
- 145 Gunter Warg, Terrorismusbekämpfung in der Europäischen Union, Speyer 2002.
- 146 Burkhard Margies, Kundenorientierung in Bürgerbüros kleinerer Gemeinden - Ergebnisse der Befragungen zur Kundenzufriedenheit in Bürstadt, Dudenhofen und Graben-Neudorf, Speyer 2002.
- 147 Hermann Hill, Die Good Practice-Verwaltung. Muster und Empfehlungen zur guten Verwaltungsführung (Veröffentlichung in Vorbereitung).



6. Speyerer Qualitätswettbewerb 2002

Auch 2002 konnten sich öffentliche Institutionen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit ihren innovativen und herausragenden Entwicklungen auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung am 6. Speyerer Qualitätswettbewerb beteiligen. Zum ersten Mal wird der Wettbewerb dabei neben der österreichischen Bundesregierung auch von der deutschen Bundesregierung und der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften unterstützt.

Bewerbungen erfolgten in einem der sieben Themenfelder, die verschiedene Bereiche von Verwaltungsreformen abdecken: Strategisches Management, Bürgerorientierung, Politik und Verwaltung, Public Private Partnership, Electronic Government, Personalmanagement und Wissensmanagement. Zuvor hatten sich aber alle Bewerber einer Selbstbewertung zu unterziehen. Dazu wurde die Anwendung des CAF, des gemeinsamen Europäischen Selbstbewertungssystems empfohlen, welches auf europäischer Ebene als einfaches und leicht zu handhabendes Instrument für Qualitätsmanagement entwickelt wurde.

Bis zum Ende der Bewerbungsfrist hatten sich 54 Verwaltungen dieser Herausforderung gestellt und ihre Bewerbungen eingeschickt. Diese wurden im August an die jeweils zuständige Arbeitsgruppe weitergegeben. Dort erfolgt nach der Auswertung der schriftlichen Unterlagen eine Vorauswahl derjenigen Verwaltungen, die in die engere Auswahl für die Vergabe eines „Speyer-Preises“ kommen. Anschließend finden „Begehungen“ statt, um die schriftlichen Bewerbungen in der Praxis zu besichtigen. Diese Vor-Ort-Besuche werden insbesondere Ende September und im Monat Oktober durchgeführt werden.

Der Kongress mit der Preisverleihung findet am 5. und 6. Dezember 2002 in Speyer statt. Er richtet sich an alle Interessierten, die sich in komprimierter Weise einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung verschaffen wollen. Nach der feierlichen Übergabe der Urkunden an die Preisträger werden die Arbeitsgruppenleiter einen Bericht über ihr Vorgehen und die Ent-

scheidungen für die Preisvergabe abgeben. Zudem wird Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen vom Bundesministerium des Innern einen Vortrag zur „Verwaltungsmodernisierung in Europa am Beispiel der Weiterentwicklung des Common Assessment Framework (CAF)“ halten. Auf Interesse dürften auch die Ausführungen von Florian Gerster, dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit stoßen, der über die „Bundesagentur für Arbeit – von der Behörde zum modernen Dienstleister“ referieren wird.

Weitere Auskünfte sind unter folgender Adresse erhältlich: Speyerer Qualitätswettbewerb, Armin Liebig/Vera Silke Saatweber, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer, Telefon (06232) 654-266/288,

Das aktuelle Programm finden Sie auch im Internet: <http://www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb>

Armin Liebig

Der 6. Speyerer Qualitätswettbewerb Statistik

Anzahl der teilnehmenden Verwaltungen:	50
Anzahl der Bewerbungen:	54

Verteilung auf die Themenfelder	
Strategisches Management:	16
Politik und Verwaltung:	4
Bürgerorientierung:	10
Public Private Partnership:	2
Electronic Government:	10
Personalmanagement:	8
Wissensmanagement:	4

Anzahl der Bewerbungen nach Ländern	
Deutschland:	37
Österreich:	13
Schweiz:	4

Personalia (1. April bis 30. September 2002)

a) Einstellungen:

- 01.04.02 Günzel, Uwe, Angestellter bei der Hausverwaltung
 01.04.02 Laurency, Patrick, M. A., Mag. rer. publ., wiss. Mitarbeiter (Ausländer-Aufbau-Studium)
 01.04.02 Schorr, Annette, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. Merten
 01.05.02 Griebner, Hildegard, Verwaltungsangestellte im Referat für allgemeine Hochschulangelegenheiten, Ausbildung, Fortbildung und Forschung, Rechtsangelegenheiten
 01.05.02 Brecht-Weinschütz, Silvia, Verwaltungsangestellte im Personalreferat
 15.05.02 Schelenhaus, Arndt, M. A., Mitarbeiter im Bereich akademische Angelegenheiten
 17.07.02 Benz, Annette, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
 01.09.02 Bösel, Michael, Verwaltungsangestellter im Referat für Haus- und Grundstücksverwaltung und Statistik
 01.09.02 Baumann-Gaden, Maria, Sekretärin des Rektors

b) Ausscheiden:

- 01.04.02 Medl, Elsie, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
 31.05.02 Gerst, Christiane, Verwaltungsangestellte im Referat für allgemeine Hochschulangelegenheiten, Ausbildung, Fortbildung und Forschung, Rechtsangelegenheiten
 31.08.02 Hofmann, Brigitte, Verwaltungsangestellte im Personalreferat
 30.09.02 Seitz-Detter, Christiane, Sekretärin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Färber
 30.09.02 Rudloff, Wilfried, Dr., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch

c) Emeritierung:

- 30.09.02 König, Klaus, Univ.-Prof. Dr. Dr., Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Regierungslehre und Öffentliches Recht

d) Vertretungsprofessur:

Vom 16. April bis 31. Juli 2002 vertrat Priv.-Doz. Dr. Martin Sebaldt die derzeit an der DHV Speyer vakante Professur für Politikwissenschaft

e) Dienstjubiläen:

Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht, beging am 1. September 2002 sein 25-jähriges Dienstjubiläum.

Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merten, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht und Sozialrecht, beging am 16. April 2002 sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht, beging am 29. August 2002 sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

Promotionen im Sommersemester 2002

- Frank Speier:** (14.05.2002) „Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in den Kommunalverwaltungen. Eine empirische Untersuchung der Auswirkungen auf die Beschäftigten und personeller Erfolgsfaktoren“; Betreuer: Univ.-Professor Dr. Helmut Klages.
- Regine Schunda:** (15.05.2002) „Das Wahlrecht von Unionsbürgern bei Kommunalwahlen in Deutschland“; Betreuer: Univ.-Professor Dr. Hans Herbert von Arnim.
- Ulrich Albertshäuser:** (10.06.2002) „Verselbständigung von Verwaltungsorganisationen als Modernisierungsstrategie?“; Betreuer: Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Klaus Lüder.
- Chang-Hwa Jung:** (11.06.2002) „Kooperation zwischen der Europäischen Union und Ostasien am Beispiel der neuen asiatisch-europäischen Zusammenarbeit im Rahmen des ASEM (Asia-Europe-Meeting)“; Gutachter: Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas.
- Markus Thiel:** (12.07.2002) „Die verwaltete Kunst – rechtliche und organisatorische Aspekte öffentlicher Kulturverwaltung“; Gutachter: Univ.-Professor Dr. Hans Herbert von Arnim.

Angaben für das Ehemaligen-Verzeichnis der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Name, Vorname

Titel, Amtsbezeichnung

Funktion

Hörer/in im Speyer-Semester

Dienststelle (mit Anschrift /Telefon /Telefax /e-mail)

Privatanschrift

Telefon/Telefax/e-mail

Deutsche Hochschule für

Verwaltungswissenschaften Speyer

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Freiherr-vom-Stein-Str. 2

67346 Speyer

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Hochschule interessiert und bitte, die oben angegebenen Daten in das „Ehemaligen-Verzeichnis“ der Hochschule aufzunehmen. Mit einer Weitergabe dieses Verzeichnisses bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir regelmäßig

- Einladungen zu Abendvorträgen das „Ehemaligen-Verzeichnis“
und das *SpeyerJournal*
- das Fortbildungsprogramm Einladungen zum Semesterball der Hochschule

An den hierbei entstehenden Kosten beteilige ich mich mit dem Mindestbetrag von jährlich 8 € bzw. 15 € bzw. _____ €. - Der Beitrag ist bis zum 1.3. eines Jahres auf das Konto der Regierungskasse Neustadt/Weinstraße, Sparkasse Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße, BLZ 546 512 40, Kto-Nr. 20008, Kassenzahlen 0208/282 01 (07) zu überweisen. (Einen entsprechenden Vordruck erhalten Sie jeweils mit der Übersendung des Ehemaligenverzeichnisses im Dezember.) - Etwaige Änderungen meiner Angaben teile ich Ihnen baldmöglichst mit. Die Mitgliedschaft kann zum 31. Dezember eines Jahres (schriftlich) gekündigt werden.

Datum, Unterschrift

P.S.: Aus Kostengründen wird die Erklärung nicht bestätigt. Sie werden baldmöglichst in den Versand einbezogen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Frau Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205; nur vormittags).